

# Arbeiter-Zeitung

Preis: wöchentlich 0,20 M., monatlich 2,00 M., Einzelnummer 15 Pf.  
Durch die Post bezogen monatlich 2,50 M., unter Streifen 3,00 M.  
Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Zeile 10 Pf. ober deren  
Platz 12 Pf. Vereins- und Veranlagungsanzeigen 6 Pf. Kellner-  
preis: Die dreifache Zeile 10 Pf. ober deren Platz im Text  
70 Pf. — Schluss des Inseraten-Nachmittags in der Haupt-Expedition  
8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

**Haupt-Expedition:** Breslau 10, Kreuzgasse 60, Telefon  
550 99. **Post-Expedition:** Breslau 544, Reibstall, Appelau,  
Kreuzgasse 60, Telefon 250 02. **Expedition der Sektion**  
von 12-18, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — **Filial-  
Expeditionen:** **Miebis:** Wilhelmstraße 26, Telefon 4005;  
**Schöps:** Sankt 6, Telefon 2384. **Geschäftszeit:** von 8-19 Uhr. **Geschäfts-  
raum am Haupt-Verlag:** Breslau. — **Verlag:** G. G. G. Verlagsgesellschaft  
m. b. H. Breslau. — **Druck:** „Deutscher“ Berlin, 411, Breslau, Kreuzgasse 60.

## Panzererschiff gegen die Sowjetunion

### Groeners Reichstagsrede über den militärischen Wert des Panzerkreuzers — Verstärkt den Kampf gegen den Imperialismus und seine sozialdemokratischen Stützen

(Eig. Bericht.) Berlin, 16. November.  
**Sitzungsbericht**

Die Tribünen sind überfüllt. Die gesamte Reichsregierung ist anwesend. Um den Reichskanzler Müller gruppieren sich bekannte Admiralsoffiziersgesichter in Vollbruch. Man sieht es diesen Herren an: Sie haben ihren großen Tag. Neben Müller hat Groener Platz genommen.

Um 15 Uhr eröffnet Präsident Loh die Sitzung, auf deren Tagesordnung als einziger Punkt die Beratung des kommunistischen Antrages auf Zurückziehung der ersten Rate und des sozialdemokratischen Antrags auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers A steht.

Ein heute eingegangener Antrag der Wirtschaftspartei auf Vorlegung eines umfassenden Marinebauprogramms steht ebenfalls zur Beratung. Im letzten Moment kommen noch die Deutschnationalen und fordern in einem Antrag, daß die Reichsregierung alle Rüstungsmöglichkeiten, die durch das Versailles-Diktat belassen wurden, ausnütze.

Als Erster erhält das Wort Genosse Stoeker, der in einem Antrag verlangt, daß die Denkschrift des Reichswehrministeriums, in der die Begründung über die Voraussetzungen für den Bau des Panzerkreuzers enthalten ist, sofort dem Reichstag vorgelegt wird. Der Reichstag habe ein Recht, die Befreiung dieser Denkschrift zu fordern, umso mehr, als auch die ganze wertvolle Bevölkerung wissen will, warum der Reichswehrminister Groener über 30 Millionen, die noch nicht einmal bewilligt sind, zum Bau des Panzerkreuzers hinauswirft.

Die allgemeine Debatte eröffnet dann der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Weis: Der Antrag meiner Fraktion auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers A ist eine einfache Konsequenz aus dem Wahlausfall der letzten Reichstagswahlen. (Zwischenruf der Kommunisten: Eure Minister haben ihn ja bewilligt!) Diese Entscheidung des Volkes ist auch nicht beeinträchtigt durch den Ausfall des kommunistischen Volksbegehrens. Das Parlament ist frei und nicht an Beschlüsse des verstorbenen Reichstags gebunden, wie es vielleicht (!) die Reichsregierung ist. Wenn der Reichswehrminister der Entscheidung des Parlaments vorgegriffen und Aufträge von mehr als 30 Millionen über die bewilligte Rate hinaus erteilt hat, so steht dieser Fall ohne Präzedenzfall da. (Gelächter, Zuruf der Kommunisten: Müller ist aber doch genau informiert!)

Unser Antrag auf Einstellung des Panzerkreuzerbaues richtet sich nicht gegen die Reichswehr. Wir wollen die Reichswehr erhalten, um sie zu einem zuverlässigen Instrument der deutschen Republik zu machen. (Gelächter rechts.) Unser Antrag entspricht dem Willen zur Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit. Selbst unser politischer Gegner, der Kapitän Ehrhardt, bezeichnet den Bau des Panzerkreuzers als eine unnütze Spielerei. (Zuruf: Der will noch einen größeren!)

Präsident Loh teilt mit, daß von den Demokraten ein neuer Antrag eingegangen sei, in dem die Regierung ersucht wird, vor der Reichstagswahl über die zweite Rate ein begründetes Ersatzbauprogramm vorzulegen.

Es kommt darauf zur Abstimmung des kommunistischen Antrages auf Vorlegung der Denkschrift des Reichswehrministeriums. Dazu erhält Reichskanzler Müller das Wort (mit dem Ruf „Panzerkreuzer-Müller“ empfangen) und gibt im Namen der Regierung folgende Erklärung ab:

1. Es ist nicht richtig, daß in dieser Denkschrift irgendwelche Auseinandersetzungen enthalten sind über die Vergebung von Lieferungen im Betrage von 32 Millionen. (!)
2. Die Denkschrift enthält Ausführungen über die Landesverteidigung, die dem Reichskabinett gemacht worden und ihrer ganzen Anlage nach sich nicht zur Weitergabe eignen. (Zurufe bei den Kommunisten: „Das ist wohl schon der neue Kriegsplan!“)

In der Abstimmung wurde dann auch der kommunistische Antrag gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Es folgte die Rede des Genossen Hertl (die Sozialdemokraten verlassen fluchtartig den Sitzungssaal, nur einige Hochposten bleiben zurück). Genosse Hertl zeigte in seiner Rede die wirklichen Hintergründe der Panzerkreuzerpolitik auf, entleerte die Sozialdemokraten und zeigte sie als die Schrittmacher des kommenden Krieges gegen die Sowjetunion.

(Wir bringen die Rede des Genossen Hertl infolge Raum-mangels erst in der Sonnabendnummer — Wochenausgabe.)

Reichswehrminister Groener, stürmisch empfangen mit lauten Zurufen „Hundstot-Generaal“, tritt dann zur Rednertribüne. (Den Zuruf eines Kommunisten „Hände an die Hosennähte“ quittiert der Sitzpräsident Graf unter stürmischer Heiterkeit mit einem Ordnungsruf.) Dann liest Groener sein Manuskript herunter. Der sozialdemokratische Antrag habe in der parlamentarischen Geschichte nicht viele gleichartigen. Nur mit Mißbehagen konnte er dazu Stellung nehmen. Der Minister fährt dann fort: Die Grundfrage ist die, ob wir überhaupt eine Flotte brauchen. Ich bejahe diese Frage mit warmem Herzen. Die Meinung, daß eine Flotte entbehrlich sei, weil die Entscheidung doch auf dem Lande falle, hat keinerlei Berechtigung. Angesichts der neueren technischen Entwicklung dürfte auch die Marine

bisher. (Zuruf der Kommunisten: „Das ist offen gesprochen.“) künstlich für die Landesverteidigung eine größere Rolle spielen als es gibt. Konfliktsmöglichkeiten, bei denen wir eine stärkere Flotte gebrauchen. Wir müssen selbst unsere Grenzen schützen, bis der Völkerverbund diesen Schutz übernimmt. Gerade im Osten könnte aber dieser Grenzschutz des Landesheeres durch die Flotte wesentlich ergänzt und verstärkt werden. (Zuruf des Genossen Dahlem: „Die Arbeiterklasse muß sich auf den Krieg einstellen!“) Wenn wir aber eine Marine notwendig haben, dann müssen wir diese Marine auch erhalten. Die Behauptung, daß das neue Schiff keinen Geschichtswert habe, trifft keinesfalls zu. (Die Kommunisten rufen: „Das Spielzeug der SPD.“) Das neue Schiff ist mit den neuesten technischen Errungenschaften ausgerüstet. Die Reichweite seiner Geschütze übertrifft die der alten Linienschiffe um 12 Kilometer. Diese Geschütze erreichen auch in der Minute die dreifache Schußgeschwindigkeit der alten. Wird der Bau abgelehnt, so werden dadurch auch 1500 Arbeiter auf die Straße gesetzt. (Zuruf der Kommunisten: „Man soll Wohnungen bauen!“) Überlegen Sie nochmals, ob Sie durch Ihr Votum die deutsche Marine erschüttern lassen wollen. Ich halte mich verpflichtet, dem Reichstag gegenüber klar zum Ausdruck zu bringen, daß ich in meiner Stellung als Reichswehrminister die Einstellung des Panzer-schiffbaues nicht verantworten könnte. (Starker Beifall, besonders bei den Deutschnationalen.)

Von den Kommunisten ist inzwischen ein Mißtrauensantrag gegen den Reichskanzler und ein zweiter gegen den Reichswehrminister Groener eingegangen.

Hg. Leicht (Wahrische Volkspartei) betritt die Rednertribüne in Pfaffentracht und wird daher von unseren Genossen mit dem Zuruf empfangen: Jetzt wird der Panzerkreuzer eingeseget! (Heiterkeit.) In pastoralen Tone erklärt dann der Redner, daß er für den Panzerkreuzer sei, und zum Schluß ertönt in den Reihen der Kommunisten ein „Amen“. Damit ist die Sitzung gegen 19 Uhr geschlossen und wird am Freitag um 15 Uhr neu eröffnet.

### Heute Verhandlungen für die Breslauer Gemeindearbeiter

Breslau, 16. November. Wie wir soeben erfahren, hat der städtische Bezirksamtsrichter Philipp für heute 9 Uhr Verhandlungen angesetzt. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor. Die Kommunalarbeiter müssen ohne Rücksicht auf die Schlichtungsmaßnahmen heute restlos für den Streik stimmen, Streikleistungen aus Betriebskollegen wählen und am Montag die Arbeit niederlegen. Nur so wird es möglich sein, einen vollen Erfolg zu erzielen!

### Ründigung des Mantelartikels für das Holzgewerbe

Ul. Berlin, 16. November. Wie Berliner Morgenblätter melden, ist der Mantelartikelfvertrag für das deutsche Holzgewerbe, dem rund 120 000 Arbeiter in ganzen Reich unterstehen, von den beteiligten Gewerkschaften zum Ablauf am 15. Februar 1929 gelündigt worden.

### Regierungserklärung im französischen Senat

Ul. Paris, 16. November. Im Senat verlas am Donnerstag-nachmittag Justizminister Barthou die Regierungserklärung, die von Beifallskundgebungen begleitet wurde. Mit lebhafter Bewegung wurden die Ausführungen zu Artikel 70 und 71 aufgenommen. (Wir kommen auf diese Erklärung, in der sich Poincaré zur Reparationsfrage äußerte, noch zurück.)

### Vom Tage

Zentrum und Demokraten werden in der morgen stattfindenden Reichstags-Sitzung gegen den auf Täuschung der Massen berechneten sozialdemokratischen Antrag gegen den Panzerkreuzerbau stimmen, so daß dessen Ablehnung als sicher gilt.

Die kommunistische Fraktion brachte bei der Behandlung der Antragsperrung gestern im Landtag einen Mißtrauensantrag gegen den Handelsminister Dr. Schröder ein, der mit 324 gegen 59 Stimmen, bei 11 Enthaltungen, abgelehnt worden ist. Die Sozialdemokraten stimmten für den Schützer der Ruhrkönige. (Eigener Bericht folgt.)

Nach der Weis-Rede im Reichstag traten die bürgerlichen Parteien zu einer Beratung zusammen, um zur Lage Stellung zu nehmen. Trotz aller Kräftengerüche steht es fest, daß weder Groener zurücktreten wird, noch daß die Sozialdemokraten aus der Koalition ausscheiden werden. (Siehe Leitartikel: Müller stimmt mit Ja!)

Der deutschnationale Parteivorstand und Putschist Eugenbergr ist von Hindenburg zu einer längeren Besprechung empfangen worden.

Gegen das Gesamturteil im Bergmann-Prozess hat die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt.

### Müllers „Ja!“

„Nehmt uns doch nicht ernst!“ „Gebaut wird er doch!“  
Breslau, 16. November.

Die SPD. hat beschlossen, daß der Reichskanzler Müller für den demagogischen Agitationsantrag der SPD. betreffs Einstellung des Panzerkreuzerbaus stimmen soll. — Müllers Ja vom 10. August bedeutete die Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers A. Müllers Ja vom 16. November — spricht das Mißtrauen dem Ja-Säger Müller vom 10. August aus, wenigstens formell. Ja zu sagen, ist des Müllers Lust. Und sieht man sich den Sinn dieses tief sinnigen Ja vom 16. November näher an, so stellt es sich heraus, daß der Sinn dieses Ja unverändert geblieben ist.

Müllers Ja bedeutet nach wie vor die Zustimmung zu den Plänen und Vorbereitungen des neubewussten Imperialismus. Wie wir schon gestern feststellten, ändert doch die Abstimmung im Reichstag über den sozialdemokratischen Antrag, der aus Furcht vor dem Volksbegehren entstanden ist, nichts an der Zustimmung der Sozialdemokratie zum Panzerkreuzerbau. „Um Himmels willen, nehmt uns doch nicht ernst“, das ist der Kommentar der SPD. zu ihrem Panzerkreuzerantrag. Was die SPD. für den Panzerkreuzer tun mußte, hat sie getan. Sie hat dem Bau zugestimmt im Kabinett, sie führte den verlogenen Kampf gegen das Volksbegehren und sie wird ihre Pflicht gegenüber der Bourgeoisie auch weiter erfüllen. Hilfering wird vom Betorecht des Finanzministers, das ihm zusteht, keinen Gebrauch machen und die SPD.-Fraktion wird schließlich die Bewilligung der zweiten Rate im Hausfall ermöglichen. Inzwischen pfeift Herr Groener auf Bewilligung und Nichtbewilligung der kommenden Rate und verteilt Aufträge an Krupp, Thyssen im Betrage von 32 Millionen, welche Summe bald um weitere Millionen vermehrt werden dürfte.

Die SPD.-Presse will eine Krise der Koalition entdeckt haben. Insbesondere ist es die „linke“ SPD.-Presse, die jetzt in Kräftenschwandel macht. Während die SPD. im Reichstag und im Kabinett erklärt, daß sie aus der Ablehnung ihres Antrages keine Kabinettfrage machen will, und damit vor der Bourgeoisie vorbestraftlos kapituliert, entbeden die „linken“ und halb-linken SPD.-Zeitungen, daß die Militärdiktatur droht. Die „Volksmacht“ verlangt den schärfsten „Kampf gegen die Militärdiktatur“. „Hinter Hindenburgs und Groeners Demission droht die Diktatur der alldeutschen Eugenbergr-Kreise“. Was ist der Sinn des aufgeregten Treibens? Nicht anderes als die Maskierung der Kapitulation der „linken“ SPD. vor dem Parteivorstand. Denn die „Volksmacht“ stellt begeistert fest, daß die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister über den Panzerkreuzerantrag die volle Einmütigkeit der SPD. sichert.

Das spaltenlange Ein- und Andererseitsgellächel des Halb-linken Kranoib in der gestrigen „Volksmacht“, in der er fordert, daß die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder die Konsequenzen ziehen und ausscheiden, wird keinen Arbeiter täuschen. „Zum mindesten“ schreibt Kranoib, „müßte von unserer Seite verlangt werden, daß Herr Groener auf jeden Fall, auch wenn unser Antrag abgelehnt wird, von seinem Amt zurücktritt“. Selbstverständlich ist der bielschweifende, eiertragende Kranoib ebenso wenig ein grundsätzlicher Gegner der Koalition wie Rosenfeld, Gstein u. a. Vielmehr wünscht er Neuwahlen, weil er sich von diesen eine Verstärkung der SPD.-Stellung in der Regierung verspricht. Nach Kranoib kann ohne die SPD. nicht mehr regiert werden, weil diese die stärkste Stütze in der Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie ist.

Also macht er folgende Rechnung auf:

„Es wird dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei unmöglich sein, mit den Deutschnationalen eine Regierung zu bilden, schon weil mit einer solchen Regierung keine Außenpolitik gemacht werden könnte. Dadurch haben diese beiden Parteien aber nicht nur ihre Schlüsselstellung verloren, sondern sie sind ihrerseits in eine Zwidmühle geraten. Sie sind heute auf die Regierungsbeteiligung unserer Partei geradezu angewiesen, wenn eine Regierung überhaupt zustande kommen will. Auch Neuwahlen würden daran nicht viel ändern. Würden wir bei den Neuwahlen noch Siege gewinnen, so würde um so mehr auf unseren Willen Rücksicht genommen werden müssen. Würden wir aber selbst bei solcher Neuwahl verlieren, was uns bei einer Wahl auf Grund der Parole Panzerkreuzer ziemlich unmöglich erscheint, so würden diese Verluste nicht so hart sein, daß sich die parlamentarische Situation dadurch grundlegend veränderte. Auch dann würden diese Parteien wieder darauf angewiesen sein, daß wir uns an der Regierung mit beteiligen. Infolgedessen ist die parlamentarische Lage auf absehbare Zeit hinaus



konstant. Ist das aber so, so ist es selbstverständlich, daß sich diese Parteien auch unserer politischen Führung anvertrauen müssen. Das aber bedeutet, daß in solchen entscheidenden Fragen unser Wille zu respektieren ist.

Zweifellos hat Brandt darin recht, daß die deutsche Bourgeoisie die SPD. für ihre imperialistische Außenpolitik braucht. Aber seine Spekulation geht trotzdem fehl, denn den bürgerlichen Parteien fällt es gar nicht ein, den Vangerkreuzer zu einer Wuchtpolizei zu machen. Somit ist das Geschrei der SPD. bloß ein schlechtes Plagiat der Groener'schen Demissionsdrohungen und als solches für die Bourgeoisie durchaus ungefährlich.

Die sozialdemokratischen Minister stimmen mit ihrer Fraktion, weil die Fraktion die Politik der sozialdemokratischen Minister in der Frage des Vangerkreuzers, bei dem Verrat an den kämpfenden Ruhrarbeitern, in der Frage des Kontrabats deckt.

Sollen wir zusammen: Groener und Hindenburg werden nicht demissionieren. Ihre Drohung war nur nötig, damit die Mehrheit für den Vangerkreuzerbau unter allen Umständen gesichert werde.

Es droht keine „alldeutsche Eugenberg-Diktatur“. Zurzeit jedenfalls nicht. Drohend ist die Gefahr der verächtlichsten imperialistischen Reaktion, drohend ist die Gefahr des Krieges gegen die Sowjetunion, die Gefahr des Lohnabbaues, der Arbeitszeitverschlechterungen, der neuen Massenbelastung durch Steuern und Teuerung. Aber diese drohenden Gefahren bedeuten nicht Eugenberg an Stelle von Hindenburg und Groener, sondern die Herrschaft der Hindenburg, Groener, der Thyssen, Brügel und ihres Stahltruppentölpels Eugenberg mit Hilfe der Groenen Koalition mit Hilfe der SPD. Diese wirklich drohenden Gefahren für das Proletariat zu beseitigen, das heißt die Koalitionsregierung zum Teufel zu jagen, den Kampf um eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung bis zum Siege zu führen.

## Stahlhelmaktion nach Unternehmerdiktat

Der Stahlhelm hat seinen Entwurf für ein Volksbegehren der Presse übergeben. Er will die parlamentarische Verantwortlichkeit der Reichsregierung und die Immunität der Abgeordneten bei Landesverrat und anderen „Verbrechen“ aufgehoben wissen. In einer Rede Selbtes werden diese Forderungen dahin ausgelegt, daß die Machtstellung des Reichspräsidenten gestärkt und die Immunität als „Deckung gegen den Eingriff der Justiz“ beseitigt werden soll. Das Volksbegehren richtet sich keineswegs gegen die republikanische Staatsform. Weitergehende Forderungen, wie die eines Zweikammer-Systems, habe sich der Stahlhelm für später aufgehoben.

Wie aus der Formulierung des Stahlhelm-Volksbegehrens klar hervorgeht, ist die Aktion des Stahlhelms von den Forderungen der Industriellenverbände diktiert worden. Selbtes selbst berief sich in seiner Rede auf den Hansa-Bund, ebenso hat er sich auf das berühmte Rotprogramm des Reichsverbandes der Deutschen Industrie oder auf die Beschlüsse der Kölner Bankiers berufen können. Ein Mandat des Eugenbergs-Königs, der den Stahlhelm beherrscht, wird auch dieses Volksbegehren nicht in der Lage sein, den wachsenden Gegensätzen und der politischen Verjüngung des Stahlhelms Einhalt zu gebieten.

## Zur Abstimmung auf der Reichsparteiarbeiterkonferenz

Breslau, 16. November.

In dem von uns in der Dienstagnummer veröffentlichten einleitenden Artikel zur Reichsparteiarbeiterkonferenz ist ein Irrtum enthalten. Der schlesische Genosse, der gegen die politische Resolution des ZK. zum 6. Weltkrieg gestimmt hat, war kein Breslauer, sondern der Genosse Krollisch-Freiburg, der auf dem Standpunkt der Emert-Gruppe steht. Da der zweifelhafte Bericht über die Parteiarbeiterkonferenz in Berlin hergestellt wurde, bestand für die Breslauer Redaktion keine technische Möglichkeit, den betreffenden Artikel zu korrigieren.

## Erotik und Spionage in der Etappe Gent

Von Heinrich Wandt

(Copyright by Agis-Verlag / Wien-Vorarlberg)

Er verjante den blutbeschnittenen Hammer und die aufgelassene Kaffee nach an dem gleichen Abend hinter dem geldstiftlichen Gezaard Duivelstein in die schweigende Schale und händigte dann der zufriedengestellten Anstifterin des Raubes die Hälfte der Summe und die sämtlichen Wertpapiere aus.

Die Besessene, die er verführte, daß er ihr auch alles Bargeld übergeben hätte, ließ sich hinter das Licht führen und zog ihn mit einer alles verprechenden Zärtlichkeit in ihr Bett, und während sie ihm erneut alle Raffinements französischer Erotik zu kosten gab, fühlte er sich von keinen Gewissensbissen gepeiniget. Die Verantw. war reich und das Risiko nur beschränkt, da hatte er also, um keine Stelle aus Not und Verzweiflung zu retten, weiter keinen großen Schaden angerichtet.

So wählte er. Aber dem war nicht so. „Nord! Nord!“ hallte es nämlich schauerlich durch die im fahlen Mondlicht liegenden Gassen der Innenstadt, indes ihn seine Angebetete in Liebestimmen unterrichtete, die im Deutschland der Vorkriegszeit noch nicht heimisch waren.

Die Greulin hatte, als ihr Dienstmädchen nach langen Stunden noch nicht wieder zum Vorschein kam, Verdacht geschöpft und gellend um Hilfe geschrien. Und da waren die Nachbarn erschreckt auf der Straße zusammengekommen und hatten eilends die am nahen Rotenmarkt befindliche Hauptwache der Genter Schutzmannschaft alarmiert.

Eidliche und bewachte Polizisten drangen in das verschlossene Haus ein und nahmen die Erzählung der alten und nun vor Angst am ganzen Leibe schlatternden Dame zu Protokoll und durchsuchten dann das ganze Gebäude vom Keller bis zu dem Dach.

Die Herren des Raub der Kaffee sind und erbeden auch rasch den Körper des überfallenen Mädchens. Es atmete noch, aber der allig herbeigerufene Arzt gab schon nach einer kurzen Untersuchung zu verstehen, daß keine Hoffnung bestand, das arme junge Ding am Leben zu erhalten.

Die Schläge, die nach dem Mord nicht nur eine Beladung zeitigen sollten, hatten die, wie die spätere Obduktion ergab, ganz ungewöhnlich dünne Schädeldecke seines Opfers zertrümmert, und

# Verrat an der Ruhr in Vorbereitung!

Offen, 16. November. (Fig. Draht.) Heute wurden die gestrigen Verhandlungen in Düsseldorf unter Leitung des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Bergemann wieder aufgenommen. Gestern waren sie vorerst negativ verlaufen, weil die Unternehmer beständige unerschämte Forderungen stellten, daß sie selbst die zum weitesten Entgegenkommen bereiten reformistischen Gewerkschaftsführer nicht akzeptieren konnten. Der Reichsarbeitsminister Wiffell ist nach Düsseldorf gefahren und bereits mit dem Regierungspräsidenten Bergemann in Verbindung getreten, sicher, um ihn dahingehend zu beeinflussen, daß er den Unternehmern weitmöglichst entgegenkommen soll, um die für die Koalitionsregierung missliche Kampflage im Ruhrgebiet zu beenden. Die „Vossische Zig.“ meldet über die augenblickliche Situation u. a.:

„Stiller haben die Gewerkschaften ihren Standpunkt nicht aufgegeben: Sie erklären, daß sie an dem Lohnschiedspruch festhalten wollen. Aber es scheint so, als ob sie bereit sind, in der Arbeitszeitfrage, deren Regelung ja jetzt auch neu vorgenommen werden muß, Zugeständnisse zu machen. Kommen sie auf diesem Gebiete entgegen, dann läßt sich vielleicht auf diese Weise eine gewisse Lohn-erhöhung für die Arbeiter durchsetzen.“ (!)

Es scheint nicht nur, wie die „Vossische Zeitung“ formuliert, sondern es ist eine Tatsache, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer den Nachbuntag, diese jahrelange Forderung der immer wieder von der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie darum betrogenen Metallarbeiter erneut gegenüber den Unternehmern preisgeben will. Die Unternehmer sollen als „Gegenseitigkeit“ dafür nur die wenigen Pfennige des Schandschiedspruches anerkennen.

## Aufruf der zentralen Kampfleitung

Die zentrale Kampfleitung hat gestern folgenden Aufruf erlassen:

### Heraus auf die Straße

Gegen den Schacher der Verbandsführer noch größere Geschlossenheit und Zucht der Kämpfenden! Beantwortet den Verrat, der in Düsseldorf geschmiedet wird, mit entschlossenem Festhalten an den Forderungen: 15 Pfg. Lohn-erhöhung pro Stunde, ferner Nachbuntag und dreigeteilte Schicht bei vollem Lohnausgleich, mit der Verstärkung der Streikposten vor den Betrieben, mit der Steigerung der Demonstrationstätigkeit und dem Ausbau der Hilfsaktivität der Internationalen Arbeiter-Gilde.

Laßt euch durch keine demagogischen Manöver der Unternehmer und der Gewerkschaftsführer verwirren! Schärfsten Kampfs allen Versuches, eure einheitliche Kampffront zu zersplittern! Nicht euch nach den Informationen und Anweisungen der von euch gewählten Kampfleitungen! Kommt alle in die Belegschaftsversammlungen und beteiligt euch an allen Kampfentscheidungen! Steht geschlossen hinter eurer Kampfleitung, unterstützt die revolutionäre Gewerkschaftsopposition! Geschlossenheit und größte Kampfkraft ist das Gebot der Stunde!

## Die Pfaffen heucheln

Offen, 16. November. Auf der Kundgebung der katholischen Geistlichkeit von Offen Stadt und Land, die zur Aussperrung Stellung nahm, lief folgendes Telegramm des Kardinals Schulte-Köln ein:

„Mit tiefem Schmerz beklage ich mit Ihnen das furchtbare Unglück und die Not, die mit der Aussperrung über Hunderttausende unseres arbeitenden Volkes gekommen sind. — Ueber formale Bedenken hinweg muß der Frieden auf einer Grundlage wieder hergestellt werden, die der Arbeiterchaft ihr Recht werden läßt und der Wirtschaft Erschütterungen erspart, die sich als untragbar für unser Volksleben erweisen.“

Es geht doch nichts über die Heuchelei der Pfaffen. Sie wissen ganz genau, daß ein großer Teil der Scharfmacher, die Jehntausende ihrer Arbeiter ausgepörrt haben, zugleich „treue Schöne der katholischen Kirche“ sind. Natürlich wagt der Kardinal Schulte ebensowenig, ihnen gegenüber einen Tadel auszusprechen, wie dies der Zentrumsführer Stegerwald oder andere Kollegen seiner Fakultät gegenüber den Zentrums-Schwerindustriellen tun. Genau so heuchlerisch wie Stegerwald und Konsorten lag der Kardinal in seinem Telegramm über die ungeheure Not — natürlich nur zu dem Zwecke, um die Zentrumsarbeiter in der Partei und in der Kirche zu halten —, um

andererseits im Telegramm klare Stellung für die Eisenindustriellen zu nehmen, indem man betont, „daß der Wirtschaft Erschütterungen erspart bleiben“.

## Der Wahlterror gegen die KP. der Tschechoslowakei

Von D. B. (Prag)

x. x. Der Wahlterror gegen die KPZsch. wächst von Tag zu Tag. Der Polizeiparapparat hat es besonders auf das Wahlpressmaterial der KPZsch. abgesehen, beschlagnahmt die Wahlflugblätter und verfolgt weiter die kommunistische Presse.

Die Partei wollte jetzt täglich ein spezielles Wahlflugblatt herausgeben, aber die Polizeidirektion in Prag hat es verboten, weil angeblich dieses Flugblatt in Prag für das eingestellte Abendblatt des „Rube Bravo“ sei. Auf Grund dessen hat auch die Polizeidirektion die Herausgabe einer Wochenchrift „Dinictschlasy“ von der Kreisleitung der Prager Kreises der KPZsch. verboten.

Der Klub der kommunistischen Abgeordneten wollte ein Informationsblatt der kommunistischen Abgeordneten herausgeben, aber die Bewilligung ist aus formellen Gründen von der Polizeidirektion verweigert worden. Die KPZsch. muß also die Wahlpressagitation größtenteils illegal organisieren und durchführen.

Fünf hervorragende tschechische Literaten und Wissenschaftler, und zwar der Dichter J. E. Machor, der gewesene Generalkonsul der tschechoslowakischen Armee, der Schriftsteller und Kritiker F. E. Salda, der Schriftsteller Antal Stafek und die Universitätsprofessoren F. Krejci und J. Rejchly haben eine öffentliche Erklärung gegen die kulturelle Reaktion und gegen die beherrschende Einstellung der kommunistischen Blätter veröffentlicht. Wie diese Literaten sind keine Kommunisten und gehören zum Kreis der führenden tschechischen Literaten, die während des Weltkrieges ein Manifest gegen die österreichische Reaktion und gegen die österreichische Monarchie veröffentlichten. Es ist kennzeichnend, daß die sozialdemokratische Presse beider Nationen („Pravo Lidu“ und „Sozialdemokrat“) diese Erklärung überhaupt nicht veröffentlichten und daß die Blätter der sogenannten bürgerlichen „Dinken“ um den Präsidenten Masaryk einen scharfen Angriff gegen diese fünf Männer unternommen haben, was beweist, daß auch die bürgerlichen Demokraten und tschechischen Sozialpatrioten Stützen des Terrors sind.

Ungeduldig vertritt der Polizeiparapparat auf Grund der besonderen Weisungen des Innenministeriums einen direkten Terror gegen unsere Redner, Parteifunktionäre und Vertrauensmänner. Die Zuchthausurteile gegen die Kommunisten sind jetzt noch schwerer als früher. In Reichenberg wurden Genosse Guitav Bauer zu fünf Monaten schweren Kerlers und Genosse Rudolf Richter zu sechs Monaten Kerler verurteilt. In Karpatenhorland und in der Slowakei wird der Wahlterror von den politischen Behörden ganz offen betrieben. Unter diesen Umständen ist die Wahlagitation der KPZsch. sehr erschwert. Trotzdem veranstaltet die KPZsch. zahlreiche Wahlversammlungen in Industriezentren und auf dem Lande und entfaltet eine breite energische Wahlkampagne unter den proletarischen Massen.

Schwere Gasexplosion. — In Duisburg, 15. November. Im Neubau der Zerkverwertung in Duisburg-Weiderich ereignete sich am Donnerstagvormittag ein folgenschweres Explosionsunglück. Bei Inbetriebnahme eines Gasofens explodierte derselbe aus bisher unbekannter Ursache. Durch die Explosion wurde ein Arbeiter getötet, während drei andere dem Krankenhaus in mehr oder weniger schwerem Zustand zugeführt wurden.

Die Eisenbahnstrecke Trient-Male durch Erdrutsch verschüttet. — In Mailand, 16. November. Ein schwerer Erdrutsch verschüttete die Eisenbahnstrecke Trient-Male, so daß der Verkehr unterbrochen werden mußte. Die Räumungsarbeiten wurden sofort begonnen, schreiten aber nur langsam vorwärts, da immer wieder neue Erdmassen nachrutschen. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Zum Untergang der „Vestris“. — Der Staatsanwalt untersuchte. — In London, 15. November. Der Staatsanwalt des Nord-New Yorker Distrikts, Tuttle, kündigte an, daß er im Hinblick auf die alarmierenden Aussagen der Geretteten der „Vestris“ eine sofortige Untersuchung über die Ursache der Katastrophe angeordnet habe. An der Unglücksstelle befinden sich noch zwölf Schiffe der amerikanischen Marine, unter ihnen das Schlachtschiff „Wyoming“.

## Dieser Roman

ist zum Preise von 3 Mark zu beziehen durch:

Literaturvertrieb G. m. b. H. Berlin  
Breslau, Feldstraße 50

Diese Auffassung der Etappen-Inspektion und der ihr unterstellten Etappen-Kommandantur machte die Ermittlung des Schuldigen von Beginn der Untersuchung an so gut wie unmöglich. Und obendrein war der Wert der vorstehenden Bekanntmachung gleich null, denn sie war die gefährdete Zivilbevölkerung in keiner Weise darüber auf, an welchen Merkmalen ein echter von einem falschen Ausweis unterschieden werden konnte.

Von Pein, der in den ersten Tagen nach dem Bekanntwerden des Todes seines unglücklichen Opfers ganz verstimmt herumkif, wurde rasch wieder ruhiger, als er zu der Erkenntnis gelangte, daß es der nachfolgenden Militärpolizei nicht im Schlafe einfiel, ihre Forderungen auch auf deutsche Heeresangehörige auszubehnen.

Er laß wandelte frech an jedem Abend an dem Hause Gemellont vorbei, um sich erst in dem im nahen Ratskeller aufgemachten Soldatenheim recht ordentlich für die Liebeskneben zu stärken, die ihn in der Kammer seiner Geliebten erwarteten.

Der verdächtige Unteroffizier Schowstky, ein Kriminalwachmeister aus Berlin-Schöneberg, dem die Kriminalabteilung der in dem großen grauen Gebäude am Blasenmarkt untergebrachten deutschen Militärpolizei unterstellt war, betrachtete den Mädchenmord im Hause Gemellont als seinen großen Fall, mit dessen Entwirrung er sich nicht nur die ausgeübte Gelddelation und das ihm noch fehlende silberne Kreuz Erster Klasse, sondern auch eine raschere Beförderung zu verdienen hoffte.

Er war mittelgroß, unterseht und blond und trug einen berggoldenen Zylinder, und wenn er auch ständig in Zivil ging, so verriet ihn doch schon von weitem sein typisches widerliches „Dulzengesicht“.

(Fortsetzung folgt.)

Herausgeber: Für den politischen Teil Actur Domstovsk, für „Bericht und Westfront“ und „Waldenburg“ Wilhelm Stenob, für „Bericht“ und die übrigen Beilagen Alfred Thoma, sämtlich in Breslau. — Für den literarischen Teil Theodor Heller, Götting. — Für Inserate H. Weber, Breslau.

E. H. D., den 1. Mai 1917.

Der Etappen-Inspektor:  
v. v. Schiefel,  
General der Infanterie.



# MENSCH UND ENERGIE

TECHNISCHE BEILAGE DER KOMMUNISTISCHEN TAGESPRESSE

2. Jahrgang Nummer 18

Bearbeitet von der Sozialistischen Studentengruppe der Techn. Hochschule Hannover  
Nachdruck sämtl. Artikel verboten

## Neuzeitlicher Güterwagen

Die Schwierigkeiten, die man sehr häufig beim Verladen von sperrigen Teilen hat, die in geschlossenem Wagen befördert werden müssen, und die dadurch mitbegründete unvollkommene Raumaussnutzung dieser Wagen haben jetzt zu einer Güterwagenkonstruktion geführt, die gleichzeitig auch dem Streben nach dem Einheitsgüterwagen ganz wesentlich entgegenkommt. Ein schwedischer Ingenieur hat einen Güterwagen für Stückgut mit aufklappbarem Dach gebaut. Das Tonnendach dieses Wagens ist in der Mitte geteilt, und die beiden Hälften lassen sich um die an den Stirnseiten des Wagens befindlichen Drehpunkte nach außen so weit auseinanderklappen, daß der Wagen nach oben vollkommen offen ist. Auf- und Zuklappen der Dachhälften läßt sich mittels eines Handrades von einem Mann innerhalb etwa zwei Minuten erledigen. Dadurch, daß der Wagen außerdem noch die normalen seitlichen Schiebetüren hat, ist tatsächlich alles getan, um den Verladevorgang so wirtschaftlich wie möglich zu gestalten und außerdem den verfügbaren Bodenraum voll auszunutzen. Bisher war ein ähnlicher Wagen in Deutschland nur für Schüttgut (Kalk z. B.) in Gebrauch, das dem Einfluß der Feuchtigkeit möglichst entzogen werden sollte. Doch wird bei diesem Wagen nicht das ganze Dach zum Beladen beiseite gedrückt, sondern es werden nur einzelne Klappdeckel gelüftet. Dem Ideal des Universal-Güterwagens kommt die oben beschriebene schwedische Konstruktion jedenfalls erheblich näher.

## Die Sicherheit des bayerischen Staates gefährdet!

Aus der königlich bayerischen Republik kommen entsetzliche Nachrichten zu uns: Die alten vererbten Reservatrechte Bayerns sollen angetastet werden! Es handelt sich ja auch um eine Sache von ungeheurer Bedeutung, nämlich um eine zweckmäßige Bezeichnung von Niet- und Schrauben auf technischen Zeichnungen! Die Reichsbahn beabsichtigte, Normen hierfür einzuführen, um unangenehme Verwechslungen unmöglich zu machen und bereit zu diesem Zweck eine Konferenz der beteiligten Kreise ein. In dieser Konferenz hat man es gewagt, einen Vorschlag für die Nietbezeichnung einzubringen, der nicht mit den „altherrgebrachten“ Bezeichnungen der Bayern übereinstimmt, worauf der bayerische Vertreter seine Akten packte und erklärte, diese bayerischen „Reservatrechte“ dürften auf keinen Fall angetastet werden! Und das im 20. Jahrhundert!

Die Reichsbahn will eine große Brücke über den Rhein bei Speyer bauen (bayerische Pfalz), der bayerische Staat will an derselben Stelle eine Straßenbrücke bauen. Ein gemeinsamer Bau wird von den Bayern abgelehnt, weil sich die Kosten schwer auseinanderrechnen lassen. Sie bauen lieber eine eigene, natürlich viel teurere Brücke daneben! Die Pfannen werden eben nicht alle!

## Omnibus mit Vorderradantrieb

Bisher ist der Leitgedanke, die Vorderräder eines Wagens anzutreiben, nur für Personenautos praktisch durchgeführt worden. In jüngster Zeit ist es jedoch gelungen, diesen Gedanken auch bei den, besonders im Berliner Verkehr befindlichen Personennomibussen in die Tat umzusetzen. Inwieweit sich allerdings die davon erwarteten Vorteile verwirklichen werden, müssen die praktischen Versuche beweisen.

Welche Vorteile bringt nun dieser Vorderradantrieb im Verhältnis zu dem bisher üblichen Hinterradantrieb?

Ohne weiteres überzeugend ist zunächst die rein konstruktive Tatsache, daß durch den Fortfall der Triebwerkstelle an der Hinterachse der hierfür bisher beanspruchte Raum für den Wagenfußboden gewonnen wird. Hierdurch verringert sich die gesamte Bauhöhe des Wagens, was sowohl für die Durchfahrtsmöglichkeit unter Brücken, als auch für die Tieferlegung des Wagenschwerpunktes und die damit im Zusammenhang stehende Wagenstandsicherheit von wesentlicher Bedeutung ist.

Weiter wirkt der Vorderradantrieb ziehend, nicht mehr, wie bisher, schiebend, wovon man in fahrttechnischer Hinsicht eine bessere Wendemöglichkeit und ein Verhüten des Schleuderns erwartet.

Die Geräusche und Erschütterungen, die beim Hinterradantrieb den Fahrgästen stets unangenehm auf die Nerven fielen, sollen jetzt wesentlich geringer sein, und außerdem erwartet man geringere Herstellungskosten.

Die Berliner Aboag (Allgemeine Berliner Omnibus-A.-G.) wird einen derartigen Versuchswagen demnächst in den regelmäßigen Verkehr aufnehmen, und hierbei wird sich zeigen, inwieweit die fahrttechnischen Vorzüge des Vorderradantriebes sich bewähren werden.

## Bienengift

In zwei Drüsen, von denen die eine ein alkalisches, die andere ein saures Sekret liefert, wird das Gift im Giftapparat der Biene gebildet. Das Gemisch von beiden wirkt als Gift, während jedes für sich nicht giftig zu sein scheint. Dies Bienengift, das so stark ist, daß schon ein Tropfen von 0,0125 Kubikmillimeter heftige Schmerzen erzeugt, hat eine erstaunliche Widerstandskraft gegen äußere Einflüsse. Man kann es 10 Tage lang einer Hitze von 100 Grad Celsius aussetzen, kann es fest einfrieren lassen, von seiner Wirksamkeit büßt es nichts ein. Es wirkt auf die meisten Tiere und Menschen sehr stark. Regenwürmer sterben schon, wenn das Gift außen auf die Körperhaut aufgetragen wird, ein Sperling kann an 2 oder 3 Bienentischen zugrunde gehen, während manche Eidechsen und Kröten gänzlich unempfindlich gegen sie sind.

Beim gesunden Menschen wirken im allgemeinen erst etwa 500 Bienentische tödlich, doch werden Frauen stärker vom Gift beeinflusst als Männer. Daß man sich auch an dies Gift gewöhnen kann, ist bekannt. Viele Imker werden gegen Bienentische allmählich so unempfindlich, daß sie sogar 100 Stiche am Tag ertragen können, ohne ernsthafte gesundheitliche Schäden davon zu haben. Andere Imker wieder bleiben ihr Leben lang gleichmäßig empfindlich, werden nicht immun. Als Mittel gegen Bienentische werden Salmiakgeist oder feuchte Erde empfohlen, deren Linderung wohl auf der kühlenden Wirkung, also auf einem Zurückhalten des Blutandranges beruht.

## Rund um die Reichsbahn

Wir haben schon verschiedentlich darauf hinweisen können, wie scharf der Wettbewerb des Kraftwagens der Eisenbahn zusetzt und ihr das Monopol nimmt, das sie so lange — nicht eben zum Nutzen der Allgemeinheit — innehatte. Gerade jetzt, wo wieder einmal unter allerlei Vorwänden, unter Verwendung von „Zuckerbrot und Peitsche“ eine Tarifierhöhung der Reichsbahn bewilligt worden ist, bereitet der Ausblick auf bessere Zeiten besondere Freude, auf Zeiten, wo die Bahn sich unter dem Druck der Konkurrenz wird bequemen müssen, den Wünschen des Reisepublikums etwas entgegen zu kommen.

Was rollt jetzt schon alles über die Landstraßen, was noch vor zehn Jahren für immer auf die Beiförderung durch die Eisenbahn angewiesen zu sein schien! Umzugsgut, Bier, Benzin, Zigaretten, Schokolade usw. in größten und kleinsten Mengen gelangt mittels Kraftwagen zur Bedarfsstelle, schneller und billiger, als es unter Benutzung der früher verwandten Transportmittel möglich wäre, selbst bei großen Entfernungen. Auch der Personenverkehr wandert ab. Der Reisende ist kritisch geworden. Für Geschäftsreisende ist es fast Selbstverständlichkeit, eigenen Kraftwagen zu benutzen, da die Benutzung der Eisenbahn eine sehr empfindliche Einengung der Bewegungsfreiheit bedeutet. In Gegenden mit schlechter Bahnverbindung ist der Behelf durch Kraftomnibusse schon lange kein Behelf mehr, sondern hat sich als Daueranrichtung ganz ausgezeichnet eingeführt.

Daß die Polsterklassen der Eisenbahn gegenwärtig stets nur ganz schwach besetzt sind, ist bekannt. Der Kraftwagen und auf längeren Strecken das Flugzeug sind dort, wo das Geld nur eine untergeordnete Rolle spielt, in der Benutzung vorteilhafter. Andererseits ist der Kraftomnibus auch auf dem besten Wege, den billigen Schnellverkehr an sich zu reißen. Es wird z. B. demnächst zwischen London und Liverpool bzw. London und New-Castle ein Kraftomnibus-Nachtverkehr eingerichtet werden. Die Fahrzeuge sollen London um 23 Uhr verlassen und um 8 Uhr etwa an ihrem Bestimmungsort ankommen, wobei ohne Pause gefahren werden soll. In jedem Wagen werden 12 bequeme Liegeplätze mit Vorhängen und Leselampen eingerichtet, zwischen den Schlafplätzen bleibt noch Raum für den Aufenthalt der Fahrgäste. Wasraum und eine kleine Küche ist vorhanden. Jeder Wagen wird von zwei Mann geführt, die sich gegenseitig ablösen. Bei alledem beträgt der Fahrpreis nicht mehr als für eine Fahrt 3. Klasse mit der Eisenbahn über dieselbe Strecke.

Ich könnte auch Beispiele aus Deutschland anführen, die Kostenaufstellung eines der Omnibusse z. B., die in diesem

Jahre schon in ganz großem Maße als Ersatz für Feriensonderzüge benutzt wurden. Durch Ausspielen dieser Konkurrenz ist es tatsächlich schon möglich geworden, die Preise für Sonderzüge (für Gesellschaftsfahrten z. B.) erheblich zu drücken. Das sind Zustände, die Veranlassung geben, von Staats wegen einzugreifen. Zum Schutz welcher Interessen?

Also, die Ministerien des Innern und des Handels gehen daran, zunächst für Preußen alle am Verkehr von Kraftomnibussen auf Landstraßen Beteiligten einschließlich der Reichsbahn- und Reichspostverwaltungen nach Provinzen in Bürgerschaften zusammenzuschließen, um Stellen zu schaffen, die bei Ausbau oder Verbesserung des Straßennetzes usw. gutachtlich gehört werden können. Das klingt soweit ganz gut. Doch argwöhnisch, wie wir nun einmal sind, fragen wir nach dem „Pferdefuß“. Er ist nicht schwer zu finden, Ausschaltung jedes Wettbewerbes, soweit er den am Verkehr „Beteiligten“ und in der bewußten Körperschaft Organisierten nicht genehm ist. Also Schutz der bestehenden Verkehrsunternehmungen, Errichtung eines staatlich konzessionierten Monopols, dessen Hauptnutznießer natürlich wieder Reichspost und Reichsbahn sein werden. Von einer Interessenvertretung des Publikums, der Allgemeinheit, kann hier keine Rede sein.

Womit hatte man doch die Tarifierhöhung jetzt begründet? Den Bruttoüberschuß des Jahres 1927 in Höhe von 1270 Millionen Reichsmark hat man aufgeteilt in Ausgleich für die Jahre von 100 Millionen, Vorzugsaktiendividende von 62 Millionen, Gewinnvortrag von 173 Millionen. Für Abschreibungen bleiben demnach nach dieser Verteilung noch 934 Millionen oder 3,6 Prozent des Anlagewertes. Dieser Betrag ist — das wird ohne jede nähere Begründung behauptet — zu gering. Der langen Rede kurzer Sinn ist, daß sich eine Unrentabilität viel ungünstiger auswirken müsse als die Tarifierhöhung und daß die Verlustwirtschaft künftige Tarifierhöhungen verhindern würde. Das ist die geschätzte Ansicht des „unabhängigen Gerichtes“, das über die Tarifierhöhungen zu entscheiden hatte. Um 1,10 Reichsmark je Tonne erhöht sich die Fracht der Ruhrkohle nach Berlin. Der Frachtsatz der englischen Kohle wurde dagegen um 1,50 Reichsmark gesenkt. In welchem Land wird die Arbeitslosigkeit steigen? Bei uns, nicht in England, das steht außer Frage, denn die dadurch gekennzeichnete fruchtliche Besserstellung der englischen Kohle ist schon ausreichend, sich im Weser-, Havel- und Elbegebiet zur Geltung zu bringen. Viele Fabriken in der Nähe Hamburgs gebrauchen schon längere Zeit ausschließlich englische Kohle.

## Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau

Eine kleine Zusammenstellung, in der für die einzelnen Berufsgruppen auf Grund statistischer Erhebungen der Anteil von Männerarbeit und Frauenarbeit sowie das Verhältnis beider zusammengestellt ist:

Beschäftigt in	Männer	Frauen	Verhältnis beider
Industrie und Handwerk	32,3%	9,1%	3,6:1
Handel und Verkehr	11,6%	4,5%	2,3:1
Verwaltung, Heer, Kirche, freie Berufe	3,8%	0,9%	4,2:1
Landwirtschaft u. ähnl.	15,0%	15,5%	1:1,03
Häusliche Dienste	0,6%	4,5%	1:7
Gesundheitswesen, Wohlfahrtspflege	0,9%	0,9%	1:1

Ziehen wir das Gesamtergebnis dieser Zusammenstellung, so sehen wir: In den aufgeführten Berufszweigen sind beschäftigt

64,2% aller Männer  
35,4% aller Frauen

und das Gesamtverhältnis der erwerbstätigen Männer und Frauen ist 1,8:1. Man fühlt sich veranlaßt, zu fragen, ob nur die Frauen dieser 64,2% Männer sich von ihren Männern erhalten lassen und ob nicht umgekehrt auch die 35,4% Frauen ihre Männer erhalten. Man kann das wohl nicht annehmen, aber was tun die 35,8% Männer, die nicht in den vorgenannten Berufszweigen tätig sind? Sie leben auf jeden Fall von der Arbeit anderer.

## „Zum Haare ausraufen“

Es ist kein Problem von wirtschaftlicher Bedeutung, aber es interessiert ganz sicher, mit welcher Festigkeit die Haare in der Haut verwurzelt sind. Das Kopfhaar des Menschen reißt bei einer durchschnittlichen Zugkraft von 30 Gramm ab. Die Chinesen, deren Zopfakrobatik man im Zirkus vorgeführt bekommt, müßten also bei einem Eigengewicht von 60 Kilogramm mindestens an 2000 Haaren gleichzeitig hängen. Dies scheint nicht so sehr schwierig, denn die Zahl der Haare geht ja in die Millionen.

30 Gramm am Kopf, 50 Gramm am Unterschenkel, 20 Gramm am Unterarm, das sind die durchschnittlichen Zugkräfte, die das Haar beim Menschen abreißen. Diese Kräfte hängen offenbar von der Größe des „Tieres“ ab. Denn beim Kanarienvogel sind nur 0,29 Gramm nötig, beim Meerschweinchen 0,43 Gramm, beim Hund 12,7 Gramm und beim Ochsen 76,7 Gramm. Die Federn der Vögel sitzen erheblich fester als die gleich großen Säugetiere. Bei Enten mußte eine Zugkraft von 60 Gramm, bei Hühnern von 80 Gramm aufgewandt werden, um die Federn aus der Haut zu reißen.

## WEISST DU SCHON

Daß es in den Vereinigten Staaten von Amerika über 16.000, in ganz Europa zusammen nur etwa 12.000 bis 14.000 Lichtspieltheater gibt?

Daß in den Vereinigten Staaten jährlich über 300 Millionen Hektoliter Benzin, d. h. etwa 280 Liter je Einwohner, verbraucht werden?

Daß man das Kruppische Nitrierverfahren (Stickstoff-Oberflächenhärtung) in den Vereinigten Staaten viel zum Schutz von Pumpenwellen und Ventiltriebseilen gegen Rost benutzt?

Daß es zwei Chemikern einer amerikanischen Gesellschaft gelungen ist, durch Einwirkung elektrischer Entladungen auf Kohlenwasserstoffgase Oel herzustellen? Dieses Verfahren eröffnet die Aussicht auf die Gewinnung von Petroleum durch Elektrizität.

Daß nach den Berechnungen der New Yorker Trust Company in Europa heute etwa 60 Prozent aller Kraftwagen auf Abzahlung gekauft werden?

Daß Deutschland gegenwärtig 98 Flugplätze und Verkehrslandeplätze hat, die Vereinigten Staaten dagegen über 1000 ständige Flughäfen und Landungsfelder?

Daß auf den beiden jetzt vom Stapel gelaufenen Vierschraubenturbinen-Schnelldampfern „Europa“ und „Bremen“ ein besonderes Restaurant vorgesehen ist für Reisende, die sich nach eigener Wahl und auf eigene Kosten während der Fahrt zu verpflegen wünschen? Seekranke können also viel sparen. Für die 2200 Passagiere sind an Bedienung und zur Führung des Schiffes insgesamt 1000 Mann erforderlich.

Daß man Weizen durch eine tägliche 16stündige Bestrahlung mit elektrischem Licht zum vollständigen Ausreifen gebracht hat? Das Korn dieses Weizens ist vorzüglich und übertrifft an Güte noch den normalen, der zum Wachsen und Ausreifen fünf Monate gebraucht.

Daß bis 1. Oktober dieses Jahres 1663 Kilometer, d. h. drei Viertel des gesamten Streckennetzes der Schweizerischen Bundesbahnen auf elektrischen Betrieb umgestellt sein werden?

Daß nach den bisherigen Erfahrungen die Ballonreifen des dreieckigen Omnibusses für 52 Personen 0,15 Mk. je Kilometer kosten, während sich die Vollgummibereifung der üblichen Berliner Omnibusse auf 0,025 Mk. je Kilometer stellt.

Daß die Wasserversorgung der Stadt San Francisco (USA.) erweitert werden muß und daß dazu eine neue 245 Kilometer lange Wasserleitung nötig ist? Die Leitung geht unter dem Meeresspiegel von San Francisco durch und muß mit einem 45 Kilometer langem Tunnel durch ein großes Gebirge geführt werden. Der Bau der Leitung wird etwa 6 bis 7 Jahre dauern!

Daß bei den großen amerikanischen Eisenbahnen etwa 1/2 aller Ausgaben auf die Beschaffung von Brennstoffen (vor allem Kohlen), 1/3 auf die Beschaffung von Stahl und Eisen (Schienen und Schwellen) und 1/6 für sonstige Zwecke, vor allem Löhne und Gehälter, ausgegeben werden?

Daß von der Welterzeugung an Platin aus Erzen 56 Prozent auf die Sowjetunion entfallen? Die nächstgrößten Produzenten sind Süd-Afrika mit 6 Prozent und Kanada mit 5,5 Prozent.

Daß in Rußland vor kurzem neue Brauneisenerzlager entdeckt sind? Nach den vorläufigen Schätzungen sollen auf einem Gebiet von 1000 Kilometern westlich der Wolga und nördlich des Don dicht unter der Erdoberfläche, etwa 2,5 Milliarden Tonnen Erz vorhanden sein!

Daß in Deutschland wieder ein neues Stickstoffwerk gebaut wird. Die J. G. Farbenindustrie, der größte deutsche Chemiekonzern, will das im Bay. befindliche Werk bei Holten i. W. im Frühjahr 1929 in Betrieb nehmen!

Daß die AEG. für das Kraftwerk Zschornowitz eine Dampfturbine von 85.000 Kw Leistung baut? Die Maschine macht 1500 Umdrehungen in der Minute und ist das größte ihrer Art in Deutschland.



**Vereinigte Theater**  
**Lobe-Theater**  
 Sonnabend, den 17. 11.  
 20.15 Uhr  
 Zum 1. Male  
 Oktobertag  
 von Georg Kaiser  
 Sonntag, 18. 11., 15.30 Uhr  
 Kater Lampe  
 Von Sonntag, den 18. 11.  
 bis Sonntag, den 25. 11.  
 täglich 20.15 Uhr  
 Oktobertag

**Thalia-Theater**  
 Sonnabend, den 17. 11.  
 20.15 Uhr  
 Wiederaufnahme!  
 Der Prozeß Mary Dugan  
 Sonntag, 18. 11., 15.30 Uhr  
 Wie es euch gefällt  
 Von Sonntag, den 18. 11.  
 bis Sonntag, den 25. 11.  
 täglich 20.15 Uhr  
 Der Prozeß Mary Dugan

**Schauspielhaus**  
 Operettenbühne  
 Breslau  
 Telefon Nr. 36800

**Stadt-Theater Breslau**  
 (Opernhaus)  
 Freitag, 20 Uhr  
 Abonnements-Vorstellung Serie C 8  
**Die Ägyptische Helena**  
 Sonnabend, 20 Uhr  
 Cavalleria rusticana  
 Hierauf: Der Bajazzo  
 Sonntag, 11 1/2 Uhr  
 Schubert - Gedensifter  
 Vortrag Geh. Rat Prof. Dr. Friedländer  
 Schuberts Leben und Wirken  
 Lieder / Orchester  
 20 Uhr  
**Die Ägyptische Helena**

Täglich 20 Uhr  
**Die Herzogin von Chicago**

Musik von  
 Emerich Kalman  
 Sonntag  
 nachm. 15 1/2 Uhr

**Das Dreimäderlhaus**

Sie verdienen  
 Sie täglich

10 Mark  
 mit Schnitzengel  
 Nur persönl. kommen  
**Reste**  
 in Serge, Kiltel, Leinwand, Kammelfutter  
 Koffhaare, Garn, Knöpfe  
 Kernseife, Erdöl  
 alles sehr billig  
 prima Ware  
 Detail und Engros  
**Berth. Lippert**  
 Breslau  
 Heinrichstraße 16  
 Filiale: Oberstr. 17  
 Weißgerbergasse 43

**Inscrat**  
 haben in  
 unserer Zeitung  
**guten Erfolg**

**Kaufhaus Bach & Bladmam**  
 Breslau 23 = Herdaminstr. 44  
 Filiale: Brockau, Güntherstr. 19  
**Samtliche Bedarfsartikel in größter Auswahl zu billigsten Preisen!**

**Musikhaus „Odertor“**  
 Vinzenzstrasse 59, Ecke Elbingstraße  
 Sprech-Apparate und Schallplatten  
 bildet in großer Auswahl bei bequemer Teilzahlung  
 Neu eingerichtet: Filiale Scheitnigerstr. 49

**Münzer & Adler**  
 Beuthen OS.  
 Ring 8, Ecke Schießhausstr.  
 Herren- u. Knabenkonfektion  
 fertig und nach Maß

Nur einige Tage

**SUDERMANN'S**  
**Kaffee-Platz-Flieg**

**Gutes Belprogramm**  
 5, 7 und 9 Uhr — Sonntag ab 3 Uhr nachm.  
**Promenaden-Theater**  
 Am Domplatz — Promenade

**ASTORIA-PALAST**  
 Fürstenstraße 32

Das neue Theater der Schaumburg A.-G.

?  
**Waren Sie schon dort?**  
 ?

Sie werden gewaltig überrascht sein!  
**Theater! Film! Bühne!**  
 Schen . . . .

und Sie werden ständiger Gast sein

Ab Freitag, den 16. November:  
 Uraufführung! Großpremiere!

**Saxophonsusi**  
 ein Lustspielschlager, der ganz Breslau lachen läßt, mit **Anny Ondra** dem neuen Stern am Filmhimmel  
 Außerdem:  
 Das reichhaltige Beiprogramm und die große **Bühnenschau** auf der schönst. u. prächtigst. Filmbühne Breslaus  
 Sonntag 3 Uhr: Große Jugend-Vorstellung  
 Eintritt 30 Pfennig  
 Beginn: Werktags 5 Uhr, letzte Vorst. 8 1/2 Uhr  
 Sonntags 3 Uhr, letzte Vorst. 8 1/2 Uhr

**Wurst- und Fleischwaren**  
 Landbeiwurst . . . . . Pfund 0.80  
 Landpreßwurst . . . . . Pfund 0.80  
 Jagdwurst . . . . . Pfund 1.60  
 Mortadella . . . . . Pfund 1.80  
 Holst. Zervelatwurst . . . . . Pfund 1.60  
 Holst. Zervelatwurst i. Fettdarm . . . . . Pfund 2.60  
 Holst. Salami . . . . . Pfund 1.60

Eingetroffen: Der erste Waggon  
**getrocknete bosnische Pilanen**  
 Pfund 0.35 0.40 0.45 0.50

**Gemischtes Backobst**  
 aus neuer Ernte  
 Pfund 0.45 0.60 0.80 1.00 1.20

**Rum und Punsch**  
 Narkotisches Weiter macht unapflich und krank, deshalb vorbeugen mit einem guten Grog. Unsere Marken sind gut abgelagert, feinaromatisch u. kräftig

**Jamaika-Rum-Verschnitt**  
 Schwarzsiegel . . . 1/2 Flasche 1.60 1/4 Flasche 2.90  
 Grünsiegel . . . . 1/2 Flasche 1.75 1/4 Flasche 3.25  
 Rot Siegel . . . . . 1/2 Flasche 2. — 1/4 Flasche 3.75  
 Tee-Rum . . . . . 1/2 Flasche 2.50 1/4 Flasche 4.75  
**Punsch**  
 Rotwein-Punsch . . . 1/2 Flasche 2.25 1/4 Fl. 4. —  
 Burgunder-Punsch . . 1/2 Flasche 2.25 1/4 Fl. 4. —  
**Rotwein zu Glühwein**  
 Portugal Nr. 33 . . . . . 1/2 Fl. 1.55

**Otto Stiebler**  
 Breslau 1, Zwingerplatz 5 und 31 Filialen

**Möbel**  
 jeder Art!  
**Schränke**  
 für Kleider und Wäsche  
**Bettstellen**  
 in Holz u. Eisen  
**moderne Küchen**  
 und einzelne **Büfens**  
 in größter Auswahl und jeder Preislage  
 Auf Wunsch Teilzahlung!

**P. Fleischer**  
 Waldenburg  
 Weinrichstr. 15/16  
 Lieferung frei nach allen Orten

**Möbel**  
 auf Kredit  
 Anzahlung von **10 Mk.** an  
 Extra-Abteilung:  
 Herren- und Damen-Garderobe  
 Abzahlung **150** von 1 an

**S. Gottlieb**  
 Liegnitz  
 Ring 15, Eing. Burgstr.

**Oskar Dietrich, Schmiedeberg**  
 Niederlein Nachfolger  
 Futtermittel, Kolonialwaren

**Radio-Grammophone**  
 in allen Preislagen  
 Streng reelle und fachmännische Bedienung  
 Kostenlose Vorführung aller Apparate bereitwilligst in den Geschäftsräumen der  
 Radiofonbau-Gesellschaft m. b. H.  
**STREHLEN**  
 Paul-Ehrlichstraße 14 (Nähe Ring)

**In Ihrem Interesse**

liegt es, sich bei Einkäufen stets auf die Arbeiter-Zeitung zu beziehen



**Elektr. Haushalt-Geräte**  
 im Ausstellungsraum  
 der Städtischen Elektrizitäts-Werke Breslau  
**Springerstrasse**  
 Bahnbogen nächst N. Schweidnitzerstr.  
 Vorstellungen  
 ab morgen tägl. 12-5 Uhr  
**Kein Verkauf! Kein Verkauf!**  
 Eintritt frei!

**Mellisengelst, extra stark**  
 per Dutzend 6.00 Mk.  
**Nientong-Destillat**  
 per Dutzend 7.00 Mk.  
**Marlazzeller Magentropfen**  
 per Dutzend 7.00 Mk.  
 einschließlich Verpackung, portofrei bei Bezug von mindestens 2 1/2 Dutzend, gegen Nachnahme.  
**M. H. Bornkessel :: Mellenbach i. Thür.**  
 Chemisch-pharmazeutische Fabrik

**Möbel**  
 Schlafzimmer  
 Speisezimmer  
 Küchen  
 Einzel-Möbel  
 Bequeme Zahlungsbedingungen  
**E. Winkelmann**  
 Striegau  
 Wilhelm-Straße 12

**Rundfunk-Spezial-Geschäft**  
 Inhaber: Hans Waldorunn  
**Striegau :: Schweidnitzer Straße 3**  
 Fernsprech-Anschluß 377  
 Neueste Apparate u. Lautsprecher am Lager  
 3-Röhren-Geräte mit 1 Röhre v. 39,50 M. an  
 Stets frische Anodenbatterien  
 Radio- und Auto-Batterien - Ladestation!

**Hirschberg im Riesengebirge**  
**Kutscherstube**  
 Treffpunkt der Arbeiterschaft  
 Angenehmer Familien-Aufenthalt

**Lange's Drogen-Handlung**  
 + Grünberg, Postplatz 3 +  
 Farben / Lacke / Seifen

**„Grüner Adler“, Jauer**  
 Sonnabend, den 17. November 1928  
**Schweinschlachten**  
 Es laden freundlichst ein  
**Georg Lindner**

**Aug. Feige & Sohn**  
**Jauer**  
 Ring 30 Telephone 103  
 Liköre, Weine  
 Fruchtlirupe, Tabakwaren

**Welches strebame Ehepaar**  
 wünscht sich ein gutes gewinnbringend. Geschäft durch Uebernahme eines Kommissions-Warenlagers? Geld nicht erforderlich, wenn tüchtige Bührschaft vorhanden. Vorherige Fachkenntnisse nicht nötig, da kelbige leicht zu erlernen sind. Bei gutem Zeugnis wird auch Invalide berücksichtigt. Haben Sie Zeit und Liebe zum Geschäft, so senden Sie Ihre Adressen sofort an die Firma  
**Ernst Buerst**  
 Nieder-Permsdorf, Bezirk Breslau  
 Weinhandlung und Spirituosen



# Nieder mit der Regierung des Trustkapitals!

## Alle Macht der Arbeiterklasse! Für die Bildung der einheitlichen Klassenfront des Ruhrproletariats! Kampf gegen die Front des Trustkapitals der Reformisten und des Staates! — Aktive Solidarität im ganzen Reiche mit dem Ruhrproletariat!

### Die Rede des Genossen Ulbricht im Reichstag:

Die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie zum Ruhrkampf zeigt völlige Uebereinstimmung in dem Versuch, diese wichtige Frage des Klassenkampfes als eine untergeordnete Rechtsangelegenheit zu behandeln. Den Arbeitern soll verheimlicht werden, daß die Offensive des Trustkapitals zum Zwecke der Veränderung der Klassenkräfte in Deutschland geführt wird. Sozialdemokraten und bürgerliche Parteien wollen die politischen Fragen nach alter Geheimratsmethode in der Dunkelkammer erledigen. Diese Uebereinstimmung ist die Folge der prinzipiellen gleichen Auffassung dieser Parteien in den Fragen der kapitalistischen Wirtschafts- und Staatspolitik. Das Trustkapital ist nur in der Lage, jetzt diese Ausperrungsoffensive durchzuführen, weil die Reformisten und die Sozialdemokratie systematisch die Macht des Trustkapitals gestärkt haben. Die Sozialdemokraten haben die Arbeitszeitverlängerung in der Schwerindustrie mitangeführt, sie waren gegen die Rückzahlung der 715 Millionen Ruhr-Korruptionsgelder, sie haben die Lohnsteuer eingeführt und den Besessenen Steuererlasse gemacht, sie haben die Nationalisierung unterstützt und sind dadurch verantwortlich für die mörderischen Arbeitsverhältnisse, sie haben das Schlichtungswesen eingeführt und im Unternehmerinteresse angewandt und haben die Polizei gegen die kämpfenden Arbeiter mobilisiert. Die Sozialdemokraten haben freudig die Bildung der internationalen Kohlenbergbau-Gesellschaft als einen Fortschritt zum „organisierten Kapitalismus“ verherrlicht. Auf Grund der Statuten dieser Gesellschaft werden die Mitglieder mit zwei Dollar je Tonne für ausgefallene Produktion entschädigt. Also außer dem 50-Millionen-Kampffonds unterstützt das internationale Kapital die deutschen Eisentönie noch mit 8 Millionen Mark pro Monat!

Von dem gegenwärtigen schamlosen Verrat an den Arbeitern wollen die Reformisten durch ihr Gerede über die Rechtslage ablenken. Die Arbeiter sollen den Arbeitsergebnissen vertrauen. Aber hat nicht das Duisburger Arbeitsergebnis sich offen auf die Seite der Unternehmer gestellt? Hat das Reichsarbeitsgericht nicht erst gestern den sächsischen Hüttenstreik für gültig erklärt, so daß die Arbeiter ab Sonnabend 57 Stunden schufteten sollen? Ebenso hat die Reichsregierung für Erwerbslosenversicherung die Unterstützung der Ausgesperrten abgelehnt. Ebenso hat die Reichsregierung es abgelehnt, die Ausgesperrten zu unterstützen. Das beweist, daß die sozial-

demokratischen und Zentrumsanträge nur Agitationsmanöver zur Täuschung der Arbeiter sind, denn die Minister dieser Parteien hätten ja schon längst die Auszahlung von Unterstützung an die Ausgesperrten beschließen können. Diese Tatsachen zeigen, daß diese Minister nichts anderes als Knechte des Trustkapitals sind. Es ist kein Zufall, daß weder der Sozialdemokrat Wissell, noch Brandes, noch Schmidt ein Wort zu den Forderungen der Arbeiter sagten. Sie sind schon vollständig Vertreter der kapitalistischen Wirtschaftsinteressen und kümmern sich den Teufel um die Arbeiterforderungen.

Herr Wissell hat in seiner Bührpredigt gegenüber den Unternehmern bewiesen, daß er einwandfrei nach ihren Gesetzen gehandelt hat. Das stimmt. Er hat aber nicht genügend beachtet, daß das Finanzkapital sich nicht mit dem jetzigen Stand des Kräfteverhältnisses der Klassen zufrieden gibt, sondern höhere imperialistische Machtansprüche schon längst gemeldet hat. Die Grenzen des Inlandmarktes, der Kampf um eine noch rentablere Kapitalverwertung, die Steigerung der kapitalistischen Profite und die Stärkung des Machtapparates sind die Triebkräfte für die gegenwärtige Kapitaloffensive. Die Kapitalausfuhr, die Finanzierung des Warenverkehrs soll gesteigert werden auf Kosten der deutschen Arbeiter. Es kommt hinzu, daß die Industrien durch die Verweigerung jeder Lohnhöhung dem internationalen Kapital angezogen der Reparationsverhandlungen die „Not der Wirtschaft“ demonstrieren wollen. Die Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt im Zusammenhang mit den Kriegserüstungen der kapitalistischen Mächte bedingen die Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse in allen Ländern. Die Militärbindnisse gegen die Sowjetunion, die Einreichung des deutschen Kapitalismus in die Antisowjetfront bei gleichzeitiger Steigerung der Streikwelle im internationalen Maßstab, beweisen, daß

#### Der Ruhrkampf ein Durchbruchskampf

ist, dessen Verlauf hervorragend die Entwicklung des Klassenkampfes in Deutschland beeinflusst. (Sehr richtig! bei den Komm.) In dieser Situation können die kleinsten Manöver der sozialdemokratischen Führer, die kleinsten Konzessionen, wie zum Beispiel der Panzerkreuzerantrag der SPD, und der Zweipfeinig-Schiedspruch, Massenbewegungen der Arbeiter für die Durchsetzung ihrer Forderungen begünstigen. Deshalb verlangt das Trustkapital von den sozialdemokratischen Führern die bedingungslose Unterwerfung unter die imperialistische Politik. Die Unternehmer erklären, die Ausperrung richte sich nicht gegen den Grundgedanken der Schlichtung. Das stimmt. Die reformistischen Führer sollen nur veranlaßt werden, noch geeigneter als bisher die Unternehmerinteressen zu vertreten. Die

Unternehmer sagen, der Kampf richte sich nicht gegen die Institutionen der Gewerkschaften. Das stimmt. Der Gewerkschaftsapparat soll lediglich noch besser als bisher in den Dienst der kapitalistischen Wirtschaftspolitik gestellt werden. (Sehr richtig! bei den Komm.) Wir sind überzeugt, daß die kämpfenden Arbeiter den Verrat der Reformisten beantworten werden mit der

#### Bildung neuer Streikleitungen,

mit der Verstärkung der Streikposten, mit der Organisation der Selbstschutzes, mit der Festigung der Klassenfront der Arbeiter.

Der heroische Kampf der Ruhrarbeiter signalisiert der deutschen Arbeiterklasse die Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland und gebietet die Einsetzung aller Kräfte zur Entwidlung der Solidaritätsaktion im ganzen Reiche. In allen Betrieben müssen die Arbeiter Stellung nehmen und ihre moralische und materielle Solidarität mit den Ruhrarbeitern beweisen. Der Verlauf des Kampfes im Ruhrgebiet wird noch in höherem Maße als im Jahre 1927 die kommenden Bewegungen in allen Teilen des Reiches wesentlich beeinflussen. Deshalb ist die Lösung aller Arbeiter in Deutschland:

#### Solidarität! Solidarität! Solidarität!

Die Bildung der Streikleitungen im Ruhrgebiet, die Tatsache, daß mindestens 70 000 Arbeiter sich für die Bildung der einheitlichen Kampffront gegen Unternehmertum und Reformismus erklärten, beweist, daß immer breitere Massen der Arbeiter sich sammeln unter dem Banner der kommunistischen Partei und der kommunistischen Internationale und den Kampf aufnehmen gegen diese Regierung des Trustkapitals. Dieser Panzerkreuzer-Müller, dieser Hundsfott-Groener (Stode des Präsidenten, Ordnungsruf) (Weiß bei den Komm.), dieser Unternehmerminister Wissell, der Minister des Streikbruchs, dieser Severing, der die Reichswehr gegen die Ruhrarbeiter schickte, dieser Hilferding, der die Lohnsteuer einführt und die Besessenen entlastete, müssen von der Arbeiterklasse zum Teufel gefagt werden!

**Es lebe der einheitliche Klassenkampf des Proletariats!**

**Hinaus mit den Streikbrechern und Schlichtern aus den freien Gewerkschaften!**

**Nieder mit der Koalition der Knechte des Trustkapitals!**

**Nieder mit der Diktatur des Finanzkapitals!**

**Alle Macht der Arbeiterklasse!**

**Es lebe der Kampf für die Diktatur des Proletariats für den Sozialismus!**

(Bravo und lebhafter Beifall bei den Komm.)

# „Am frohesten sind die Sozialdemokraten selbst“

## Wie ein demokratisches Blatt die SPD-Panzerkreuzeratomödie beurteilt

Breslau, 16. November.

Wie die demokratischen Koalitionsgenossen die SPD-Panzerkreuzeratomödie beurteilen, zeigt nachstehender Artikel, den wir der rechtsdemokratischen „Breslauer Zeitung“ vom Donnerstag entnehmen:

„Die Wolken, die gestern den Koalitionshimmel verbunkelten, sind inzwischen so gut wie verfliegen. Die Panzerkreuzer-Atome gilt als im wesentlichen überwunden. Man ist allgemein davon überzeugt, daß die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages so gut wie sicher ist. Am frohesten darüber sind natürlich die Sozialdemokraten selbst. Der schwere Alpdruck ist von ihnen genommen. Von den bürgerlichen Parteien werden nur unbedeutende Gruppen für ihren Antrag stimmen. Die Deutschen nationalen werden keine Extravaganzen unternehmen, vom Zentrum werden nur Dr. Birtz und einige seiner Anhänger, von den Demokraten auch nur ein Teil dem sozialdemokratischen Antrag ihre Stimme leihen. Groener wird nicht zurücktreten brauchen und alles scheint sich in Wohlgefallen auszulösen zu wollen.“

Freilich sind alle Panzerkreuzeratomödie der Sozialdemokraten damit nicht aus der Welt geschafft. Die Kommunisten werden ihre Agitation darauf einstellen, den sozialdemokratischen Ministern vorzuhalten, daß sie aus dem Kabinett hätten auscheiden müssen, wenn es ihnen mit ihrem Panzerkreuzeratomödie wirklich ernst gewesen wäre. In der Tat, die morgen beginnende Debatte, die bereits am Freitag beendet werden soll, hat nur den Sinn, daß den Sozialdemokraten die Möglichkeit einer leeren Demonstration geboten wird.“

Das demokratische Blatt bestätigt also das, was wir Kommunisten behaupten, nämlich daß der Panzerkreuzerantrag der SPD eine leere Demonstration und eine elende Demagogie ist, um die Arbeiter zu täuschen, obwohl die SPD nicht daran denkt, den Panzerkreuzerbau zu verhindern. Ganz so leicht wie es die „Breslauer Zeitung“ nimmt, werden die bürgerlichen Parteien der SPD nicht das Spiel machen. Das hiesige Zentrumslatt schlägt sehr energische Töne an und die Koalitionspresse im Reich setzt die SPD ebenfalls stark unter Druck. Offensichtlich verlangen die bürgerlichen Koalitionsparteien, und vor allen Dingen das Zentrum, wenn sie dieses Manöver der SPD-Führer mitmachen, daß ihnen in anderer Beziehung die SPD-Führer Zugeständnisse machen und ihre mannigfachen Wünsche erfüllen. Es ist in dieser Beziehung nur an die endgültige Bildung der Großen Koalition im Reiche und in Preußen, an den Kontordatenschacher und das Reichsschulgesetz erinnert.

Es steht jetzt ziemlich fest, daß nur auf dieser Grundlage, nämlich die weiteren Zugeständnisse der SPD-Führer an die Koalitionsparteien auf Kosten der Arbeiterklasse — diesbezügliche Verhandlungen haben heute zwischen Breitscheid und Stegerwald stattgefunden — sich eine Mehrheit im Reichstag gegen den Antrag der Sozialdemokraten ergeben wird. Dies sprechen klar die bürgerlichen Abendzeitungen aus, u. a. die „Volkzeitung“, der Ableger des „Berliner Tageblatts“, die schreibt:

„Da die Mittelparteien wahrscheinlich, unbeschadet ihrer Stellungnahme zu der zweiten Rate, nicht für den sozialdemokratischen Antrag stimmen werden, so ist einige Hoffnung vorhanden, daß die gegenwärtige Krise (?) ihre Lösung durch Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages finden wird.“

Das diesbezügliche Stichwort hat den bürgerlichen Parteien der gestrige Morgen-„Vorwärts“ gegeben, indem er schrieb:

„Die vernünftigste Lösung aller Schwierigkeiten würde darin bestehen, daß jeder Abgeordnete und Minister nach seiner Ueberzeugung stimmt und daß sich dann alle der Entscheidung des Reichstags fügen.“ (?)

Diese Aeußerung des „Vorwärts“ heißt auf gut deutsch: Lehnt unsern Antrag ab und dann ist alles erledigt. Für diverse Zugeständnisse der SPD an die bürgerlichen Parteien werden diese nun auch so handeln.

Die deutsche Arbeiterschaft, und vor allen Dingen die sozialdemokratischen Arbeiter werden aber nun noch mehr als je zuvor das Panzerkreuzeratomödie ihrer sozialimperialistischen Führer durchschauen.

### Fünf Prozent Lohnabbau

Die Forderung der Solinger Unternehmer Die Solinger Metallindustriellen haben zum Ablauf des Mantel- und des Lohnabkommens folgende unerschämte Forderungen aufgestellt:

1. Ausnahme folgender Bestimmung im § 11 des Rahmentarifvertrages als Ziffer 6:

„Der Rahmentarifvertrag bleibt auch nach Ablauf der Kündigungsfrist so lange weiter in Geltung, bis ein neuer Rahmentarifvertrag vereinbart bzw. festgesetzt worden ist.“

2. Reduzierung der bestehenden Tariflöhne um 5 Prozent.“

Genau so wie die Solinger Unternehmer werden die Kapitalisten überall vorkommen, wenn jetzt nicht durch die Aktion der Gesamtarbeiterschaft der Sieg für die ausgesperrten Hüttenarbeiter herbeigeführt wird.

### Eine Mordhebe der SPD. zusammengebrochen.

Zwidau, 15. November. (Eig. Bericht.) Vor dem Zwidauer Schwurgericht wurde am 12. November unter Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Grule gegen den Angeklagten Albert Greif aus Glauhaus, der unter der Anklage des Totschlages stand, verhandelt.

### Aus der Partei

#### Die Unterbezirkskonferenzen verlagt

Breslau, 16. November.

Die für Sonntag, den 18. November, im Bezirk Schlesien festgesetzten Unterbezirks-Delegiertenkonferenzen werden auf Beschluß des Zentralkomitees bis auf weiteres verschoben. — Nähere Mitteilungen folgen.

Bezirksleitung Schlesien der SPD.

Der Anklage, die von Staatsanwalt Dr. Jügen vertreten wurde, lag der Vorgang am Vorabend der Reichstagswahl zugrunde, in dessen Verlauf ein sozialdemokratischer Stadtverordneter Paris im Verlauf eines Zusammenstoßes zwischen roten Frontkämpfern und einer sozialdemokratischen Demonstration durch einen unglücklichen Messerstich ums Leben kam. Nach fast zehnjähriger Prozeßdauer verkündete das Gericht folgendes Urteil der Geschworenen:

Der angeklagte 23jährige Maurer Albert Greif wird wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Fünf Monate der Untersuchungshaft werden auf die Strafe angerechnet. Das zur Tat verwandte Messer wird eingezogen.

Der Staatsanwalt hatte sieben Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust wegen Totschlages beantragt. Das Gericht kam diesem Antrag nicht nach, ließ vielmehr die Anklage auf Totschlag infolge des Ergebnisses der Hauptverhandlung fallen und erkannte auf Körperverletzung. In der Urteilsbegründung wird gesagt, daß auf mildernde Umstände infolge der Härte der Tat verzichtet werden müsse, weshalb auch auf Zuchthaus erlöst wurde. Die Anerkennung der bürgerlichen Ehrenrechte komme nicht in Frage, da die Tat nicht aus persönlichen egoistischen Gründen erfolgt sei.

Mit dem Urteil der Geschworenen ist eine monatelange Mordhebe der SPD gegen die Arbeiterklasse endgültig zusammengebrochen. Die Verhandlung hat unabweislich erwiesen, daß die SPD aus einem unglücklichen Zufall in bewußter Entstellung politisches Kapital geschlagen hat, um eine erbärmliche Verleumdungskampagne gegen die kommunistische Partei und den roten Frontkämpferbund zu führen. Untergen aller während des Prozesses gemachten Feststellungen und der erwiesenen Tatsachen hat die SPD-Presse in Schließen und Oberschlesien noch einmal in ihrem Bericht die monatelang verbreitete Lüge vom dem „planmäßigen Ueberfall“ fortgesetzt.

### Der Siebenfundentag in der UdSSR.

Der Oberste Volkswirtschaftsrat veröffentlicht eine Liste derjenigen Betriebe, für die die Regierung der RSFSR den Uebergang zum Siebenfundentag bereits bestätigt hat. Die wichtigsten Fabriken und Werke, die noch bis zum 1. Januar zum Siebenfundentag übergeführt werden, sind nun folgende:

In der Chemieindustrie: Jaroslauer Salokrasa-Werke; Salokrasa-Werke in der Krasnaja Presnja; die Streichholzfabrik „Krasnaja Swesda“ und die Holzgemischen Werke „Wachtan“.

In der Bauindustrie: „Krasnyj Stroitel“, „Spartak“, ferner die Bauwerke Nr. 5, 6 und 7.

In der Metallindustrie: Maschinenbauwerke „Borej“.

In der Holzverarbeitenden Industrie: Sägemehl-„Oktobrerrevolution“ und die Sägewerke in Sumsk.

In der Lederindustrie: „Storochob“, „Krasnyj Postamschitschik“, „Burwestnik“ und die Lederfabrik Nr. 2 in Zagantog.

In der Textilindustrie: eine Fabrik in Roslaw und eine in Polansl.

In der Tabakindustrie: drei Fabriken in Leningrad, ferner die Fabriken „Jawa“, „Dufai“, „Krasnaja Swesda“ und eine Fabrik des Nordkaukasischen Trusts.

In der Wäscheindustrie: Profintern-Fabrik Nr. 5.

In der poligraphischen Industrie: Zwei Betriebe in Roslaw und einer in Leningrad.

In der Fettindustrie: drei Betriebe, und zwar Nr. 4, 14 und 50.



# Wir sammeln Lebensmittel

Von unserem ins Ruhrgebiet entsandten Sonderberichterstatler.

Essen, den 15. November.

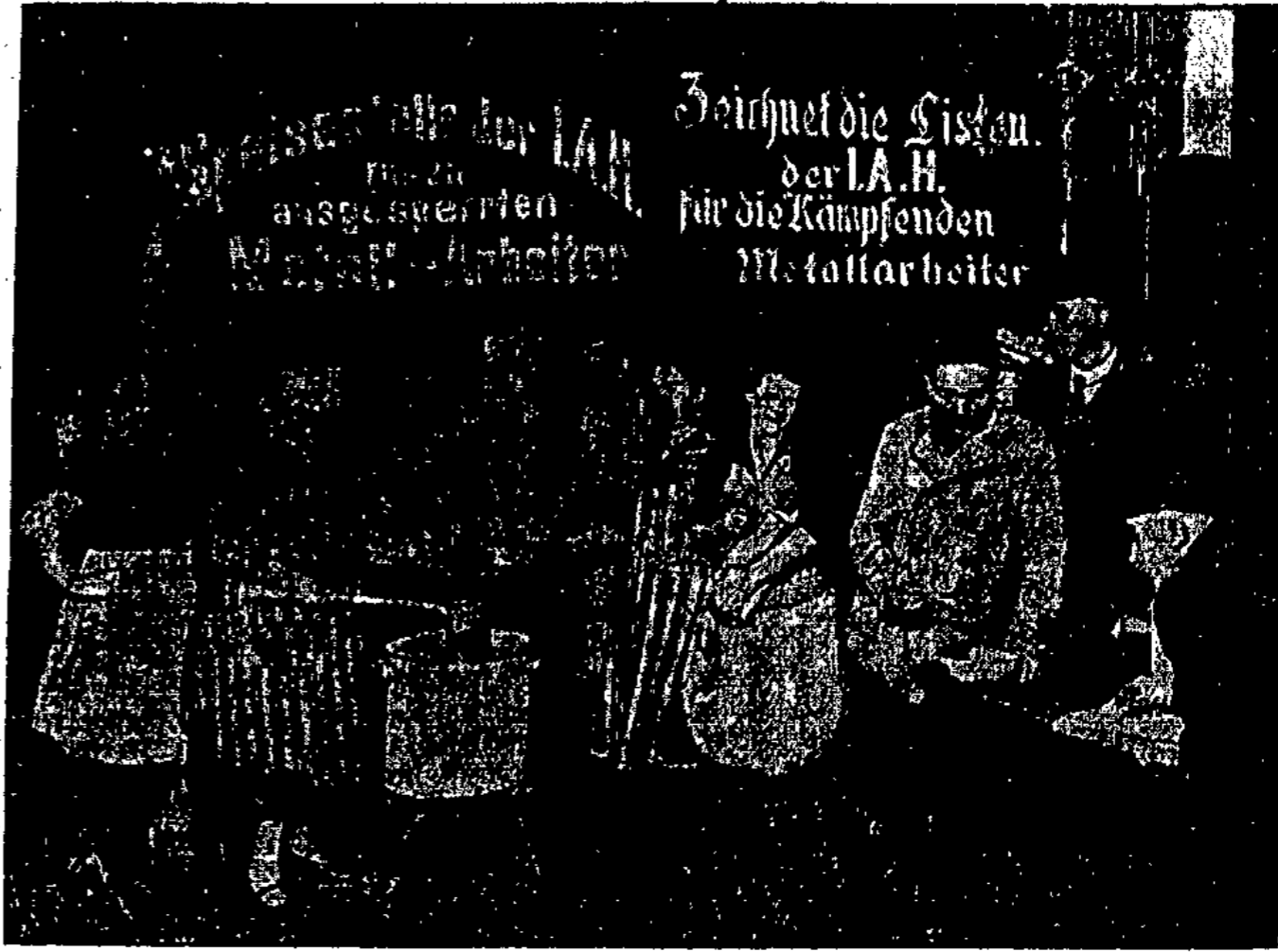
215 000 Arbeiter sind ausgeperrt. Mehrere Hunderttausende Angehörige hungern mit ihnen. Das ist ein Zustand, der einen Proleten, der nur ein bisschen Solidarität im Leibe hat, nicht ruhig zusehen läßt.

Von der Essener N.D.-Zentrale rollen die Autokolonnen des K.P.D. nun schon seit Tagen jeden Morgen ab. Große Lastwagen, besetzt mit fünf bis sechs Kameraden, fahren los auf die Dörfer. Man muß schon suchen, bis man hier auf ein Dorf stößt, in dem wirklich Landwirtschaft betrieben wird. Ich fahre mit dem ersten Wagen mit Hunderttausend Stunden sind wir gerastert, bis zur weisfälischen Grenze. Mitten im Dorf halten wir mit einem Ruck. Absteigen — Trompetensignall — Sprechchor: 15 000 Arbeiter liegen auf der Straße! Wo ist ihr fe hungern lassen? Gebt uns Lebensmittel für die Ausgeperrten!

Die Bauernfrauen stehen auf der Straße, bestaunen uns wie Wunderkinder. Aber sie rühren sich nicht. Also müssen wir schärferes Geschick aufbringen. Rein in die Dörfer! Jeder übernimmt einen. Es dauert lange, bis ich meinen Bauern erst einmal davon unterrichtet habe, was sich im Ruhrwestgebiet eigentlich abspielt. Er begreift das so schwer, was uns allen seit Tagen geläufig ist, so geläufig, daß wir fast nicht mehr die gründliche primitive Formulierung für unsere Erklärung finden.

Aber auch in den dicksten Schädel geht bei einigem guten Willen das Verständnis ein. Die ganze Ausperrungsgeschichte lapidiert der Alte nach und nach. Dann geht er stillschweigend ins Haus. Nach drei Minuten kommt er wieder. Auf dem Arm trägt er drei große Weizenbrot, einen kleinen Sack Kartoffeln, zwei große Schwarzbrote. Aus den anderen Häusern schleppt man noch mehr. Halb voll ist unser Wagen schon. Und im nächsten Dorf wird er so voll, daß zwei Kameraden mit der Eisenbahn zurückfahren müssen, weil sie keinen Platz

mehr haben. Auf der Straße stehen zwanzig Männer und Frauen, winkten uns nach und rufen: Nächste Woche gibt's wieder was.



In der Wernerstraße in Essen stehen, von Menschen umringt, drei große Wagen, bis obenhin voll von Lebensmitteln für die Ausgeperrten, Gemüse, Kartoffeln, Speck, Butter, Eier. Drum herum Kameraden des K.P.D. mit Sammelbüchern und Wägen. Die Passanten müssen ihren Dbus entrichten, bevor sie sich in Ruhe die Wagen ansehen können.

Wir haben unsere Arbeit geschafft. 400 Menschen können von dem gespeist werden, was wir auf den Wagen geladen haben.

## Aus der Partei

### Brandler organisiert Fraktionsarbeit

Ueber eine Fraktionsführung, die Brandler in Chemnitz abgehalten hat, berichtet unser Bruderblatt der „Kämpfer“ folgendes:

Am vergangenen Sonntag fand im „Anengarten“ in Chemnitz eine Bezirksfraktionsführung der Rechten unter Anwesenheit Brandlers statt, die von 2 bis 9 Uhr dauerte.

Brandler erzählte zunächst etwas über seine Rückkehr nach Deutschland und versuchte die Sache so darzustellen, als sei er quasi mit Genehmigung der russischen Partei nach Deutschland gekommen. Das ist natürlich eine bewusste Lüge, denn Brandler weiß sehr wohl, daß ihm vom Genossen Stalin bedeutet worden ist, daß ein Beschluß der Exekutive gegen seine Rückkehr vorliegt und daß Stalin ihn auf die entsprechenden organisatorischen Konsequenzen aufmerksam gemacht hat, falls er gegen den Willen der Exekutive bzw. der russischen Partei nach Deutschland zurückkehren würde.

In dem üblichen Gehörgang der Rechten verbreitete er sich dann über die „Korruptheit der Thalman-Gruppe“. Die Politik der Mehrheit der deutschen Partei ist natürlich nach der Auffassung von Brandler falsch und seine eigene opportunistische richtig. Genau wie die Reformisten erklärt auch Brandler, daß die Politik der russischen Partei nicht auf Deutschland angewandt werden könne. Er hegte dann gegen das K.L., das aus lauter Parteibeamten bestände. Dann wandte sich Brandler insbesondere der Gewerkschaftspolitik zu und verteidigte reflexlos die Plattform der Rechten. Was er über die Gewerkschaftspolitik sagte, kann man tagtäglich in jeder sozialdemokratischen Zeitung lesen. Die Erfassung der Unorganisierten in Streikkomitees sei falsch. Brandler wird mit dieser Auffassung gewiß den Beifall aller reformistischen Gewerkschaftsorganisationen finden. Weiter bemerkte Brandler, daß man unbedingt im Rahmen der Gewerkschaften bei der Einleitung von Kämpfen bleiben müsse. Natürlich wandte sich auch Brandler gegen den Hamburger Hafenarbeiterkampf, insbesondere gegen die Abwehr der Streikbrecher, vertrat also die Meinung, daß sich die Arbeiter eben den Streikbrücherterror der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und Polizeipräsidenten widerstandslos gefallen lassen müssen. Brandler wandte sich auch gegen einen Antrag auf Unterstützung der Unorganisierten, der von der Stettiner Stadtverordnetenfraktion der K.P.D. eingebracht worden war.

Brandler erklärte dann, er mache die Politik der Partei nicht mehr mit und wenn auch die Partei gespalten würde. Mit Stalin werde man später reden.

Auch warnte er zur Vorsicht bei der Diskussion über den 6. Weltkongreß, insbesondere bei der Abstimmung über Resolutionen. Es wurde dann beschlossen, den Fraktionsbrief Thalheimer-Walcher-Schreiner-Böhler-Frölich-Endersle an das Exekutivkomitee in den Betrieben zu verbreiten.

### Die „Internationale“

Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus. Die Nr. 22 ist am 15. November in vergrößertem Umfang von 40 Seiten erschienen. Aus dem reichen Inhalt heben wir hervor:

#### 1. „Der Kampf an der Ruhr und die Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse.“

In diesem Aufsatz werden die großen ökonomisch-politischen Zusammenhänge des neuen imperialistischen mit den gegenwärtigen großen Streiks und Massenansammlungen aufgezeigt. Vor allem ist der Aufsatz eine umfassende Behandlung der Probleme, die mit den Klassenkämpfen der Gegenwart in Verbindung stehen.

#### 2. „50 Jahre proletarische Diktatur.“

Eine Würdigung der proletarischen Diktatur und ihrer weltgeschichtlichen Bedeutung. In diesem Aufsatz sind die Hauptlinien des sozialistischen Aufbaus und die Perspektive der weiteren Entwicklung des Sozialismus aufgezeigt. Gleichzeitig behandelt dieser Aufsatz die eminenten Widersprüche, die durch den sozialistischen Aufbau der Sowjetunion im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem hervorgerufen werden, die die Hauptursache der Vorbereitung zum Krieg gegen die Sowjetunion darstellen. Der Aufsatz schließt mit einem kurzen Vergleich des Gegenjahren zwischen der deutschen November-Revolution und den Erfolgen der Oktober-Revolution.

#### 3. „Die Lehren der Oktober-Revolution auf dem Gebiete der Militärfrage.“

In diesem Aufsatz wird das Problem des Militarismus und aller Militärfragen unter dem Gesichtspunkt der bürgerlichen und der proletarischen Revolution in Vergleich gezogen und die großen Gegensätze

zwischen bürgerlich-kapitalistischem Heer und der proletarischen Armee der Sowjetunion aufgezeigt. Dieser Aufsatz ist eine aktuelle politische Abhandlung, die von größter Bedeutung für das Militärproblem in den kapitalistischen Ländern ist, und die Bedeutung der Militärfrage für die proletarische Revolution in allen kapitalistischen Ländern darstellt. Die Stellung des Militärproblems in der proletarischen Revolution der Sowjetunion ist von der größten Bedeutung für die Aufgaben der kommunistischen Parteien auf diesem Gebiete in den kommenden revolutionären Bewegungen und proletarischen Revolutionen in allen kapitalistischen Ländern. Von diesem aktuellen Standpunkt aus ist die Problemstellung über die obengenannten Fragen skizziert.

#### 4. „Die Reichsparteiarbeiterkonferenz.“

Hier werden in groben Umrissen die wichtigsten Charakterzüge und die Resultate der Reichsparteiarbeiterkonferenz aufgezeigt. Das Studium dieses Artikels ist für die gegenwärtige Parteidiskussion unerlässlich.

#### 5. „Die Programmdiskussion auf dem 6. Weltkongreß.“

Der fünfte Aufsatz ist eine Fortsetzung der in den früheren Hefen der „Internationale“ begonnenen Besprechung über das Programm der kommunistischen Internationale. Er dient vor allem der Vertiefung und dem unerlässlichen Studium des auf dem 6. Weltkongreß geschaffenen Programms der K.P., zu dem diese Artikelserie als Kommentar, besonders zugeschnitten für die ökonomischen und politischen Verhältnisse in Deutschland gilt.

#### 6. „Zur innerparteilichen Lage.“

Dieser Artikel ist eine Fortsetzung des in Heft 21 erschienenen Artikels über die innerparteiliche Lage. Während sich die vorige Nummer in der Hauptsache mit der Fraktion der rechten Liquidatoren beschäftigte, beschäftigt sich jetzt diese Nummer hauptsächlich mit der Gruppe der Verführer. Einleitend wird eine Uebersicht über das Kräfteverhältnis der beiden Gruppen zur Gesamtpartei gegeben, wie sie dem gegenwärtigen Stande entspricht. Der Artikel gibt eine genaue Darstellung der politischen Differenzpunkte, die die Gruppe der Ver-

führer gegenüber der Parteimehrheit hat. Das Studium dieses Artikels ist unerlässlich für eine gute Orientierung der Parteimitglieder in der gegenwärtigen Parteidiskussion.

Diesem Artikel schließt sich eine Bücherbesprechung an, die sich in der Hauptsache mit den Haupterscheinungen im sozialdemokratischen Lager befaßt, soweit die wichtigsten Momente in den Zeitschriften von Hilferding „Gesellschaft“ und in den „Sozialistischen Monatsheften“ zu verzeichnen sind.

Die „Internationale“ erscheint mit dem Heft 22 zum erstenmal in einer neuen Aufmachung, indem durch größere Schrift der wichtigsten Artikel der Versuch unternommen wird, die technische Ausgestaltung der Zeitschrift zu fördern. Diese Neuordnung kommt einem lange gehegten Wunsche weiter Leserkreise der Zeitschrift entgegen.

Wir empfehlen die Parteimitgliedschaften, Bezirksleitungen, Ortsgruppen, Zellen und alle Parteimitglieder besonders darauf, daß zur gegenwärtigen Parteidiskussion das Lesen der „Internationale“ eine der wichtigsten Voraussetzungen ist für die gewissenhafteste Orientierung auf allen Gebieten der innerparteilichen Fragen. Unsere Tageszeitungen sind nicht in der Lage, die wichtigsten Probleme in der innerparteilichen Orientierung zu erörtern. In der Tagespresse können nur Bruchteile, nur kurze Aufsätze über all die Fragen gebracht werden, die heute die Gesamtpartei bewegen. Die vollkommene und eingehende Orientierung kann nur im Rahmen unserer Zeitschrift „Die Internationale“ geschehen, deren Mitarbeiter sich eine besonders eingehende Behandlung und tiefgehende Erörterung aller Fragen angelegen sein lassen. Aus diesen Gründen sind die Parteiorganisationen gerade in der gegenwärtigen Zeit verpflichtet, für die weitestgehende Verbreitung unserer theoretischen Zeitschrift in allen Mitgliederkreisen Sorge zu tragen.

Die „Internationale“ erscheint in der Zentrale für Zeitungsverlag, Berlin C 25, alle 14 Tage und ist zum Preise von 30 Pf. pro Heft in jeder Buchhandlung und bei allen Kolporturen sowie durch die Postanstalten zu beziehen.

**Safen-**  
u. alle and. Sorten  
**Felle**  
**Lumpen**  
kg 8 bis 10 Pfennig  
**Altpapier**  
**Knochen**  
kauft  
zu höchsten Tagespreisen  
Lutherstr., Schweidnitz  
Hilberstraße 8

**Schuhwaren**  
aller Art  
kaufen Sie gut und  
preiswert bei  
**Paul Schubert**  
Schweidnitz  
Reichenbader Str. 12

**Bestellungen**  
von  
**Blumen**  
**Kränzen**  
**Grabschmücken**  
zum Totenfest  
nimmt entgegen  
**Herbert Mente**  
Schweidnitz  
Vorwerkstraße 11

**Auffallend billige Preise!**  
**Kinderwagen**  
**Puppenwagen**  
**Korbmöbel**  
**Korbwaren**  
**Rugolf Pachaly & Sohn** Schweidnitz  
a. u. Langstraße 17

**Kolonialwaren u. Lebensmittel**  
kauft man bei  
**Helene Reimann**  
Schweidnitz, Vorwerkstr. 24

**M. Neuthal**  
Schweidnitz, Burgstraße 2 u. 3  
**Herrn- u. Knabenbekleidung**  
Bekannt billige Preise

**Schwert-Drogerie**  
L. Wolf  
Schweidnitz  
Langstr. 33

**Bettenhaus W. Sandler**  
Bettstellen u. Matratzen  
Bettfedern, Bettwäsche  
Schweidnitz, Wilhelmsplatz 11

**Kolonialwaren**  
Spezialität:  
**Kaffee**  
**Anton Sebel**  
Schweidnitz  
Kupferfchmiedestr. 8

**Möbel-Eisner**  
Schweidnitz, Königsdecke  
Tel. 360  
Größtes Lager  
**Schlafzimmer, Speisezimmer**  
**Herrczimmer und Küchen**  
Bequeme Zahlungsbedingungen.

**SIEBERT & WEINERT**  
Schweidnitz, Markt 1 - Verkauf Burgstraße 12  
Fernsprech-Anschluß 172  
Größtes Geschäft von Schweidnitz und den umliegenden Städten in  
**Mannfaktur-Modewaren, Damen- und Kinder-Konfektion**  
Großstadt-Sortimente in Kleiderstoffen, Seiden, Tuchen, Volles, Druckstoffen, Trikotagen, Handschuhen, Strümpfen, Damen- und Kinderwäsche, Korsetts, Tischdecken, Gedecken, Bettdecken  
Verkauf von Waren nur guter Qualität! :: Billigste Bezugsquelle für Händler und Wiederverkäufer!



# Breslau

## Die „Arbeiter-Zeitung“ zerlegt die Breslauer Schupo!

Es passieren sehr Dinge zwischen Himmel und Erde, als ihr, liebe Breslauer, euch träumen laßt. Wer von euch hat z. B. gemutet, daß die Breslauer Schupo zerlegt, vom autoritätuntergrabenden Sturm des Bolschewismus angegriffen war? Und doch war es möglich, umsturzbringende Tatsache. Aber wenn die Rot am größten, ist Popo (das ist nichts Unschönes, sondern die Politische Polizei) am nächsten. (Orzeska!) Braucht seinen Gummistiefeln, zum Zeichen, daß er sich auf den Kriegspfad begeben, nicht auszugeben, er kann wieder seine Filzpantoffeln anziehen und weiterhin als geübter Revolutionär zu Fuß, zu Wasser oder per Luft durch die Lande streifen!

Zur Sache selbst: Da hatte einer unserer Boten seit einiger Zeit eine Reihe von Schupos täglich die „Arbeiter-Zeitung“ mitgebracht. Die Leute haben sie sehr gern gelesen. Bis irgendein Streiberlein, dem offenbar danach gelüste, daß ihm der Minister dankbar die Gummistiefelgehende Hand drückte, seiner „vorgesehene Weisheit“ durch Mitteilung machte. Diese runzelte die sicher keine Korbkarren verbergende Stirn, griff zum Füllfederhalter und ließ unseren sündigen Genossen vorlesen. In's Volkzeitungsblatt! Also Herr Günther mit bedäunend blühenden Augen den Verdrehler ausstrahlte. Es ist das Best aller Kriminalbeamten, aus Kommunisten nichts herauszulegen. So war es auch hier. Unser Genosse war natürlich vollkommen uninteressiert, worauf Herr Günther pflichtschuldig seine Seele in Wäuschen tauchte und dann unserem unterdessen schon etwas gelangweilten Genossen mit ganzer Eindringlichkeit die folgende Originalität verrätende Frage vorlegte: „Wissen Sie, was Sie gemacht haben?“

„Nein!“  
 „Sie haben die Schupo zerlegt!“  
 „Na, sehn Sie mal an, und davon hab' ich nich mal was gewußt!“  
 Somit die Vernehmung abgeschlossen war. Herr Günther hat in ihr zumindest die Grundeigenschaft eines deutschen Kriminalbeamten — den Phantastereiztum — nachgewiesen. Denn die Verteilung einer vollkommen legalen Zeitung, wie es die „Arbeiter-Zeitung“ ist, als „Zerlegung der Arbeit“ zu bezeichnen, das ist ein Stück, das seinem Erfinder ewigen Ruhm sichert.

## Ueber die „Wawa“ noch nicht entschieden

Gestern, Donnerstag nachmittag, tagten der Finanz- und der Bauausschuß der Stadtverordnetenversammlung, um zu der Ausstellung „Wohnung und Verbrauch 1929“ Stellung zu nehmen. Nach langer Diskussion, in der eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde die Sache vertagt.

## Aus der Freidenkerbewegung

Von der Arbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände wird uns mitgeteilt, daß in den Büroräumen des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung, Neue Gasse 14 I, jeden Donnerstag in der Zeit von 18.30 bis 17.30 Uhr eine Sprechstunde des distinktiven Fürsorgeausschusses abgehalten wird. Allen Dissidenten, also auch denen, die keiner freigeistigen Organisation angehören, rief Rat und Auskunft erteilt. Ausgeschlossen sind Auskünfte in Lohn- oder Sozialversicherungsangelegenheiten. — Mittwoch, den 21. November (Dienstag) wird Professor Kleinmann-Leipzig in einem öffentlichen Vortrag über das Thema „Die Aufklärer und die Freidenker“ reden. Genosse Kleinmann ist ein blendender Rhetoriker großen Formats, so daß ein genußreicher Abend bevorsteht. Der Vortrag wird in der Halle der Monistischen Gemeinde, Grünstraße 14/16, stattfinden. Man beachte die Inserate in den nächsten Tagen.

Neue Berechnungsmethoden des Wohlfahrtsamtes? Wie uns mitgeteilt wird, zählt das Wohlfahrtsamt jetzt geringere Unterstützungssätze aus als im vorigen Monat. Ein verheirateter Unterstützungsempfänger, der z. B. vorigen Monat 83 Mark erhielt, bekam für November nur 77 Mark. Die Beamten des Wohlfahrtsamtes begründen das damit, daß sie sagten: „Ja, Sie müssen nicht vier Wochen den Monat rechnen, sondern nur 28 Tage.“ Da das auch anderen Unterstützungsempfängern so gegangen sein soll, wäre eine Auskunft des Wohlfahrtsamtes darüber, weshalb das geschieht, sehr am Platze. Denn schließlich richtet sich die Dauer eines Monats ja nicht nach den Berechnungsmethoden des Wohlfahrtsamtes!

Bereits zum Schneeschuppen bestellt. Vorgestern erhielt eine Anzahl Erwerbsloser im Arbeitsnachweis einen Zettel folgenden Inhalts: „Heberbringer meldet sich im Zimmer 1 zur Schneearbeit.“ Die also beschiedenen Arbeitslosen gingen prompt ins Zimmer 1, um dort zu erfahren, daß die offenbar dringend eilige Schneearbeit aus klimatischen Gründen noch nicht eingetroffen war und sie am nächsten Tage noch einmal vorprechen sollten. Soweit uns bekannt, hat es auch gestern nicht geschienen, und es wird kaum in den nächsten Tagen schneien, so daß sich für den Magistrat wohl ein anderer Wetterprophet empfehlen dürfte.

Die Elektrizitätsausstellung. Im dritten Bahnbogen auf der Springerstraße ist von den Städtischen Elektrizitätswerken eine Ausstellung eröffnet worden, in der eine Uebersicht über alle elektrischen Haushaltungsgeräte gegeben wird. Die ausgestellten Gegenstände weisen neben den im allgemeinen sehr hohen Preisen auch einen Fehlfuß auf, an dem der Stromverbrauch erschichtlich ist. Abends finden in den Vorstellungen statt. Die Ausstellung, zu der der Eintritt frei ist, ist von 12 bis 17 Uhr geöffnet. Ein Einzelverkauf findet dort nicht statt.

Autobuslinie Breslau—Brodau. Wegen Rohrverlegungsarbeiten in der Ohlauer Chaussee treten in dem Fahrplan der Omnibuslinie Dfener Straße—Brodau vorübergehend einige Änderungen ein: Die Endhaltestelle für die von Brodau kommenden Wagen wird vom 16. Dezember bis 17. Dezember vorübergehend in die Dfener Straße, vor das Gesellschaftshaus Folger, verlegt. Die Abfahrtsstelle der Omnibusse nach Brodau befindet sich in der Dfener, Ecke Schönstraße.

Wahrsager Tod. In einem Geschäft in der Friedrich-Wilhelm-Straße erlitt die 61jährige Witwe Christiane Dießwager, Lange Gasse 47 wohnhaft, einen Herzschlag. Sie war sofort tot.

Feueralarm aus Unruh. Gestern, kurz vor 2 Uhr, wurde die Feuerwehr aus Unruh nach Mattias, Ecke Flussstraße, alarmiert.

Gewerkschaftshaus-Bildspiele. „Duster Reaton, der Boyer.“ Das dieswöchige Programm bringt als Hauptfilm „Duster Reaton, der Boyer“. Wer die amerikanischen Grotesken kennt, in denen alles Unmöglichste möglich gemacht wird, in denen der „Gold“ in die entsetzlichen Situationen kommt und sie doch immer mit einem einfältigen Schelm siegreich übersteht, kann sich vorstellen, daß auch dieser Film an die Nachmuster der Zuschauer die höchsten Anforderungen stellt. Das weitere Programm bringt dann noch „Auf die Bahn“, einen japanischen Film, der versucht, Sitten und Gebräuche einer anderen Menschenrasse, eines anderen Erdteils und näher zu bringen. Weiterhin läuft die Wochenschau, so daß das Programm auch in dieser Woche als sehr reichhaltig angesehen werden kann.

Bolschewische. Zu dem Lichtbildervortrag, den Professor Dr. Bob (Berlin) am 17. d. M. im Museum der bildenden Künste über „Amerikanische Sammler und Sammlungen“ halten werden, kehren drei Mitglieder in der Gesellschaft ermächtigte Eintritte zum Preise von 1 Mark zur Verfügung.

# Kommunisten beantragen sofortige Einberufung des Stadtparlamentes!

Breslau, 16. November.  
 Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat beschlossen, nachstehenden Antrag an den Stadtverordnetenvorsteher, den Sozialdemokraten Wandmann, zu stellen:

Die Unterzeichneten beantragen die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung, Tagesordnung: Stellungnahme zu den Lohnforderungen der städtischen Arbeiter.

Nach Geschäftsordnung sind zur Einberufung einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung 25 Unterschriften notwendig. Unsere Genossen haben sich in der gestrigen Ausschusssitzung an die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion gewandt, um deren Unterschrift zu erhalten. Herr Wandmann hat die Unterscheidung abgelehnt mit der faulen Ausrede, er wäre nicht fraktionsgebunden, sondern freimächtig, und im übrigen sei das „Sache der Gewerkschaften“ (!). Unsere Genossen werden selbstverständlich Herrn Wandmann heute vor eine klare Entscheidung stellen.

Für die Beratungen der beantragten außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung hat die kommunistische Fraktion bereits folgenden Antrag formuliert:

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion beantragt: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Die Löhne der städtischen Arbeiter werden gemäß den Forderungen der freien Gewerkschaften ab 1. Oktober 1928 um 8 Pfennige in allen Gruppen erhöht. Der neue Lohnsatz hat Geltung bis zum 31. März 1929.

Kommunalarbeiter! Das Vorgehen der kommunistischen Fraktion hat den Zweck, euch auch mit parlamentarischen Mitteln in eurem Kampf zu unterstützen. Selbstverständlich, daß ihr nicht warten dürft, welches Ergebnis dabei herauskommt. Eure Pflicht ist es, alle Maßnahmen zu treffen, um zum Streik geführt zu sein. Geht heute reiflich zur Urabstimmung und stimmt geschlossen für Streik! Zeigt dem Magistrat, daß ihr nicht gewillt seid, euch immer an der Nase herumführen zu lassen.

## „Vollmacht“ schlägt faules Kompromiß vor

Die „Vollmacht“ von gestern veröffentlicht eine Zuschrift des Gemeindefacharbeiterverbandes und sagt dazu im Kommentar u. a.: „Wir glauben, daß nach Lage der Dinge der Magistrat Breslau durchaus die Möglichkeit hat, diesen Konflikt im verständlichen Sinne zu beenden, denn so erheblich scheinen uns die Differenzen nicht zu sein, als daß sie einen Kampf in diesem Umfange lohnen würden.“

Jamohl, auch wir sind der Ansicht, daß der Magistrat durchaus in der Lage ist, den Konflikt beizulegen. Dazu braucht er lediglich

den kommunistischen Dringlichkeitsantrag auf Erhöhung der Stundenlöhne der Kommunalarbeiter um 8 Pfennige mit einer Geltung bis Ende März 1929 anzunehmen. Die Millionenüberschüsse der Betriebe gestatten diese Erhöhung ohne weiteres.

Doch wenn die „Vollmacht“ vom verständlichen Sinne spricht, meint sie eine Beilegung des Konflikts auf der Basis eines faulen Kompromisses.

Diese Zumutung müssen die Kommunalarbeiter entschieden ablehnen. Ihre Forderung muß lauten: Her mit den 8 Pfennigen bei einer Laufzeit bis März und Nachzahlung ab 1. Oktober! Will der Magistrat diese Forderung nicht bewilligen, so muß er eben durch den Kampf dazu gezwungen werden.

Auch die „Schlesische“ und der „Generale“ nehmen zu dem Konflikt Stellung. Die erstere ist über die „Arbeiter-Zeitung“ enttäuscht und die „Neuesten“ sind überhaupt nicht informiert, sondern werfen alles durcheinander.

## Kommunalarbeiter, Nimmt für Streit!

Heute, Freitag, in der Zeit von 18 bis 21 Uhr, findet die Urabstimmung der Breslauer Kommunalarbeiter über den Streik statt. Abstimmungslokale sind:

1. Martin, Schönstraße 80;
2. Görlitz, Rößstraße 13;
3. Bräuer, Pappeleustraße 36;
4. Gottschlich, Deutzenstraße 27;
5. Kluge, Kleine Grobengasse 11;
6. Borinck, Mehlgasse 48;
7. „Feldschlüssel“, Weinstube 53/55;
8. Wolf, Sedwizstraße 15;
9. Roschel, Rallenstraße 13;
10. Langner, Auguststraße 196.

Diejenigen Mitglieder, welche am Freitag verhindert sind, können ihren Stimmzettel

am Sonnabend, dem 17. November, in der Zeit von 9 bis 11 Uhr vorm. im Gewerkschaftshaus, Zimmer 5, abgeben.

Die Stimmzettel liegen im Lokale aus. Die Abstimmung ist geheim; der Stimmzettel muß gefaltet abgegeben werden.

Abstimmungsberechtigt sind nur freigewerkschaftlich organisierte Kollegen, welche mit ihren Beiträgen nicht länger als vier Wochen im Rückstande sind und ihr Mitgliedsbuch vorgelegt.

Kommunalarbeiter, rüttelt die Säumigen auf! Geht reiflich zur Abstimmung! Stimmt für den Streit!

# SPD. und Mieter in der Deckungsfrage umgefallen!

Sie bilden eine Einheitsfront mit Zentrum und Deutschnationalen

Wie wir erfahren, lagte gestern früh eine Fraktionsführerbesprechung bei dem Oberbürgermeister, in der alle Gruppen, außer den Kommunisten, vertreten waren. Nach dem heftigen Theaterdonner vergangener Woche aber hatte man sich beruhigt, und von den Sozialdemokraten über die Mieter bis zu den Deutschnationalen herrschte die friedfertigste Stimmung. Man kam schnell überein, in der gestern abend stattgefundenen Sitzung des Ausschusses 8

ohne lange Debatte den „Einigungsvorschlag“ des Magistrats anzunehmen,

bis auf die geplante Gaspreiserhöhung und Wasserberteuerung, zwei Posten, die zusammen ungefähr 400 000 Mark bringen sollten.

Entsprechend diesen Abmachungen wurde auch dann im Ausschuss verfahren. Pletsch (Soz.) begründete mit zäher Rede den „Einigungsvorschlag“ und empfahl seine Annahme. Die Abstimmung ergab eine Einheitsfront der schwarzrotgelben und schwarzweißroten Bürger. Gegenüber dem ersten, von Sozialdemokraten und Kommunisten beschlossenen Deckungsplan unterwarf sich die neue Vorlage wie folgt: Die Grundvermögenssteuer erhöht sich um weitere 35 Prozent, auf 285 Prozent (erster Beschluß 275 Prozent); die Elektrizität

(Licht) um 3 Pfennige auf 48 Pfennige pro Kilowattstunde (47); die Gewerbesteuer auf 70 Prozent auf 500 Prozent (600 Prozent) und die Gewerbesteuer auf 490 Prozent auf 1470 Prozent (1480 Prozent).

Das heißt, man hat zugestimmt einer weiteren Erhöhung der Grundvermögenssteuer (was wahrscheinlich jetzt die Mieter nicht davon bewahren wird, mehr Miete zu zahlen), einer weiteren Verteuerung der Elektrizität und andererseits einer Senkung der Gewerbesteuern.

Diese Entwicklung haben wir kommen sehen. Wann hätte die sozialdemokratische Fraktion jemals zu einem Beschluß gestanden? Sie hat stets, wenn der Magistrat die Stirn runzelte, gekuschelt.

Eine ganz besondere Sorte „Parlamentarier“ sind die Mietervertreter. Mit Phatos lehrte ihr Redner in der letzten Sitzung die Erhöhung der Grundvermögenssteuer um 25 Prozent und die Elektrizitätspreiserhöhung um 2 Pfennige ab, um jetzt 35 Prozent und 3 Pfennige anstandslos zu schlucken. Sozialdemokraten und ihr Anhänger, die Mieter, sind, was Gradfingigkeit ihrer Politik anbelangt, elanvoller würdig!

## Sonntag 11 Uhr im Zirkus Busch

Berichterstattung der Krassin-Delegation mit Lichtbildern. Es spricht ausserdem

## Harry Walden-Berlin

Eintritt 30 Pfg.

## Parteimitglieder!

Stadtteil Süd. Freitag 20 Uhr bei Zante, Friedrichstraße 41, Versammlung aller Stadtteilmitglieder. Erscheinen ist Pflicht. Sämtliche Mitglieder, die noch nicht zur Reichskontrolle waren, müssen unbedingt mit ihren Mitgliedsbüchern erscheinen.

Stadtteil Nord. Freitag 19.30 Uhr wichtige Stadtteil-Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Wahl der Delegierten zur Unterbezirks-Delegiertenkonferenz. Sämtliche Mitglieder, die noch nicht zur Reichskontrolle waren, müssen pünktlich 19 Uhr erscheinen. Wer nicht erscheint, erhält kein neues Mitgliedsbuch. Lokal: Preisenmuth, Weihenburger Straße 33.

Stadtteil Zentrum. Freitag 19.30 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lurmhof, Neue Antonienstraße. Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag.

## Mittelschlesien

An alle Ortsgruppen des KPD, Untergau Oplau. Am Sonntag, dem 18. November, 10 Uhr, findet in Strehlen, im Gasthaus „Zur Stadt Breslau“, Weidenstraße, eine wichtige Untergaukonferenz statt. Jede Ortsgruppe des Untergaus Oplau muß auf der Konferenz vertreten sein. Referent der Durchführung ist anwesend.

Strehlen. Gestalt. In einer der letzten Nächte war in Deutsch-Lauden ein Einbruch in ein Fahrradgeschäft verübt worden, wobei für 700 Mark Fahrräder usw. gestohlen wurden. Jetzt wurden die beiden Täter festgenommen, und zwar in Breslauer Lokalen. Fast alles konnte ihnen wieder abgenommen werden.

Trebnitz Schl. Tod durch elektrischen Schlag. Auf einem Gute in Kunitz wurde ein junger Mann durch Starkstrom getötet. Er kam beim Drehen der Kraftleitung zu nahe, erhielt einen

elektrischen Schlag und fiel sofort tot zu Boden. Der hinzugerufene Arzt stellte längere Zeit Wiederbelebungversuche an, die aber erfolglos blieben.

## Versammlungskalender

### Parteiveranstaltungen

Breslau  
 — Stadtteil Ost. Freitag 20 Uhr im „Weslichloß“ Mitglieder-Versammlung. Thema: Stellungnahme zum Reichsparteitag. Wahl der Delegierten zur Unterbezirkskonferenz.  
 — Rechte Abteilung für Stadtteil I, 2. U. R. U. R. Mitglieder-Versammlung Sonntag von 9 bis 12 Uhr bei Wolff, Röntgenstraße, zur Reichskontrolle. Sämtliche Organisationsleiter mitbringen. Wer nicht erscheint, erhält kein neues Mitgliedsbuch.  
 — Stadtteil West. Freitag 20 Uhr General-Mitglieder-Versammlung bei Rosner, Uferstraße. Referent: Genosse Patz, Delegierter vom 6. Wahlbezirk.

### Kommunistischer Jugendverband

Breslau  
 — Freitag 20 Uhr General-Mitglieder-Versammlung bei Reimann, Neue Antonienstraße 2. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
 — Gruppe Ost. Sonntag 18 Uhr Sonnabend bei Zante, Friedrichstraße 41.

### Jung-Spartakus-Bund

Breslau  
 — Gruppe Süd-West-Zentrum. Sonntag Eintreten am Freiburger Bahnhof zum Krassin-Vortrag. 10 Pfennig mitbringen.

### Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau  
 — Mt. 2. Sonnabend 18 Uhr Eintreten der gesamten Abteilung mit Kapelle am Bärensteinsplatz zum Kameradschaftfest nach Morgenau.  
 — Mt. 4. Sonntag 10.30 Uhr beteiligen sich alle Kameraden mit Kapelle an der Haus- und Hofpropaganda für die aufgeschriebenen Fuhrarbeiter.  
 — Mt. 6. Sonnabend 19 Uhr Liebesstunde bei Kapelle bei Gauer, Gubenstraße.  
 — Mt. 8. Sonntag 9.30 Uhr Eintreten mit Kapelle im „Fleischhof“.

Kriegsland. Sonnabend 20 Uhr Versammlung der gesamten Ortsgruppe im „Keller“.

Schneeberg. Sonntag 10 Uhr Untergaukonferenz des Untergaus Schneebühl im Gasthaus „Zur Eisenbahn“. Der Vertreter der Durchführung ist um 10 Uhr anwesend.

Hirschberg. Freitag 20 Uhr im „Berlin-er Hof“ Mitglieder-Versammlung.

Schneeberg. Freitag 20 Uhr Mitglieder-Versammlung im Rößstraße 13.

Wiesbaden. Freitag 19 Uhr im „Eiserne Kreuz“ Kameradschaftsbund.

Breslau. Sonnabend 19.30 Uhr im „Grünen Baum“ General-Mitglieder-Versammlung. Vertreter der Bundesleitung anwesend.

### Sonstige Organisationen

Breslau  
 — Neue Kasse, West. Freitag 19.30 Uhr Funktionärsitzung im Lokal „Sawleypa“, Schneewitzstraße. Betriebsfunktionäre nehmen daran teil.  
 — Arbeiter-Veranstaltungen. Freitag 20 Uhr wichtiger Gewerkschaftsabend bei Wolff, Rößstraße 35. Sämtliches Ausschussmaterial ist mitzubringen.  
 — z. B. Arbeiter-Kultur- und Sportverein. Die Monatsversammlung findet statt am 16., Sonntag am 23. November 20 Uhr im „Derschleier“-Lokal.



## 10 Fragen und Antworten zur Hüttenarbeiterausperrung

- Warum haben die Unternehmer ausgesperrt?**  
Die Hüttenarbeiter forderten 15 Pfennig Lohnerhöhung und wollten im Dezember den Achtstundentag durchsetzen. Der verbotlich erklärte Schlichtungsprozess — Pfennig Lohnerhöhung — war für die Unternehmer gleichbedeutend mit dem Sieg in der Lohnfrage. Sie haben aber trotzdem ausgesperrt, um die Behaltung des zehn- und zwölftägigen Arbeitstages zu sichern und nicht zuletzt, um der Gesamtarbeiterchaft einen schweren Schlag zu versetzen, um — wie sie selbst sagen — mit den Lohnforderungen Schluss zu machen.
- Kämpfen die Unternehmer gegen das Schlichtungssystem?**  
Nein! Die Unternehmer wollen nur eine Verschärfung der arbeiterfeindlichen Schlichtungsordnung. Bei der Schlichtungskonferenz am 18. Oktober haben die Unternehmervertreter ausdrücklich betont, daß sie nicht gegen das Schlichtungswesen sind, und die sozialdemokratische Presse hat diese Tatsache bekräftigt.
- Kämpfen die Unternehmer gegen den Staat und die Koalitionsregierung?**  
Die Hüttenbarone denken nicht daran, einen Kampf gegen den heutigen Staat zu führen. Dieser Staat ist ja der Staat der kapitalistischen Klasse und kämpft ja zusammen mit den Eisenindustriellen gegen die Arbeiter. Der Staat hat den Ausgesperrten die Erwerbslosen- und Krisenfürsorgeunterstützung verweigert und Schupo gegen die Arbeiter aufgebotsen. In der Koalitionsregierung, der Spitze des heutigen Staates, sitzen die Vertreter der Parteien, in denen die Aussperrter den entscheidenden Einfluß haben. Die sozialdemokratischen Minister decken alle arbeiterfeindlichen Maßnahmen dieser Regierung und führen sie am eifrigsten durch. Die Hüttenbarone haben allen Anlaß, mit der Koalitionsregierung zufrieden zu sein.
- Welche Bedeutung hat die Rechtsfrage?**  
Die sogenannte Rechtsfrage ist in diesem gewaltigen Kampfe bedeutungslos. Der Kampf wird nicht entschieden durch den Spruch irgendeines Gerichtes, sondern dadurch, daß entweder die Unternehmer oder die Arbeiter mehr Kampfgeist entwickeln können. Die Arbeitsgerichte sowie die ordentlichen Gerichte sind Organe des kapitalistischen Staates und werden nie gegen die Interessen der Unternehmer entscheiden, selbst wenn sie die geschriebenen Gesetze in kräftigster Weise verletzen. Die heute bestehenden Gesetze und Verordnungen sind geschaffen, um die Arbeiterklasse in Schach zu halten; die Kapitalisten werden sich in ihren Maßnahmen nie durch Gesetze behindern lassen.
- Warum erhalten die Ausgesperrten keine Erwerbslosenunterstützung?**  
Da der heutige Staat der Staat der Kapitalisten ist, hilft er mit, die Ausgesperrten durch den Hunger niederzuzwingen. Das ist der einzige Grund, alles andere sind Scheingründe. Wohl sieht das Arbeitslosenversicherungsgesetz und Krisenfürsorgegesetz die Unterstützung von Ausgesperrten nicht vor, weil dementsprechende kommunizistische Anträge von der sozialdemokratisch-deutschen Einheitsfront abgelehnt wurden. Aber der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissell hätte auf Grund der erwähnten Gesetze die Vollmacht, durch Verordnung die Auszahlung der Unterstützung an die ausgesperrten Hüttenarbeiter zu veranlassen. Er tut es nicht, weil er ein Bundesgenosse der Kapitalisten ist.
- Was wollen die Reformisten?**  
Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben auch in diesem Kampfe nur ein Ziel, die sozialdemokratische Koalitionspolitik zu untergraben. Weil es im Interesse dieser Koalitionspolitik liegt, daß die Hüttenarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit gezwungen werden, ohne ihre Forderungen (15 Pfennig Lohnerhöhung und Achtstundentag) durchgesetzt zu haben, so arbeiten die sozialistischen Gewerkschaftsführer bewußt auf diese Niederlage hin. Deshalb stellen die Reformisten die Erfüllung des Schlichtungsprozesses als Kampziel auf. Deshalb stellen sie die Sachlage ganz falsch dar und behaupten, daß der Staat den Arbeitern helfe. Deshalb verurteilen sie, durch die Anrufung der Arbeitsgerichte und darauf aufgebauten schwindelhaften Versprechungen die Arbeiter von der Ergreifung wirklicher Kampfmaßnahmen abzuhalten. Deshalb wollen die Reformisten jede Unterstützung der Unorganisierten verhindern, und deshalb betreiben sie ihre Sache gegen die Kommunisten.

- Was wollen die Kommunisten?**  
Die Kommunisten wollen den Sieg der Hüttenarbeiter, der gleichzeitig ein Sieg der gesamten Arbeiterklasse wäre. Deshalb sagen sie der Arbeiterklasse, welche Schritte getan werden müssen und wie der Kampf geführt werden muß.
- Warum Unterstützung der Unorganisierten?**  
Wenn man den Sieg der Arbeiter will, so muß man dafür eintreten, daß auch die Unorganisierten vor dem Verhungern geschützt werden. Darum müssen auch sie unterstützt werden. Früher haben die Freien Gewerkschaften oft genug während eines Kampfes auch die Unorganisierten unterstützt. Das war zugleich der beste Weg, die Massen der Freien Gewerkschaften zuzuführen. Heute wagt sich die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, die Unorganisierten zu unterstützen, weil sie will, daß die Massen der Unorganisierten sich den Unternehmern zu jedem Preise anbieten und so den Kampf zugunsten der Kapitalisten entscheiden.
- Warum revolutionäre Streikleitung?**  
Weil die reformistischen Gewerkschaftsführer keine Streikleitungen aus Betriebsarbeitern bilden, sondern einfach sogenannte Kampfleitungen aus Bürokraten zusammenstellen, die (sogar infolge ihrer wirtschaftlichen Einstellung gar nicht willens sind, den Kampf richtig zu führen. Da aber jede kämpfende Armee eine entschlossene Führung haben muß, da es den wirtschaftsfeindlichen Gewerkschaftsführern nicht möglich sein soll, den Kampf mit einer Niederlage abzuwürgen, deshalb müssen die kämpfenden Arbeiter selbst revolutionäre Streikleitungen wählen, die wieder eine zentrale Streikleitung schaffen. Diese Streikleitungen führen den Kampf. Die gewerkschaftliche Opposition will, daß so die kämpfenden Arbeiter geeinigt werden und unter Führung der revolutionären Streikleitungen geschlossen bis zum Siege weiterkämpfen.
- Warum Verbreiterung der Kampffront?**  
Die Hüttenbarone hoffen, die Ausgesperrten durch den Hunger niederzuzwingen. Die Sammlungen für die Ausgesperrten, die Aktionen zur Durchsetzung der Arbeitslosen- und kommunalen Unterstützung sollen die Hüttenarbeiter befähigen, durchzuhalten. Aber wenn sich die Arbeiterklasse darauf beschränken wollte, könnte sich der Kampf sehr lange unentschieden hinziehen und die Gefahr der Zermürbung der Ausgesperrten würde wachsen. Darum muß die Arbeiterklasse durch Aufstellung eigener Forderungen und Organisierung von Kämpfen die Angriffsfront gegen die Unternehmer verbreitern.

### Ein Kind vom Zuge zermalmt

Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich in der Nähe der Karlsbrücke. Dort wurde ein 2½-jähriger Knabe, der beim Spiel auf den Bahndamm gelaufen war, von dem Personenzug Breslau—Görlitz überfahren und getötet. Die unglückliche Mutter des Kindes, die in der Nähe auf einer Wiese weilt, und das Kind eines Augenblicks unbeobachtet gelassen hatte, mußte den graußigen Tod ihres Kindes mit ansehen. Ein Arbeiter, der den Vorgang beobachtet hatte, konnte trotz größter Anstrengung das Kind nicht mehr retten.

### Kein Tag ohne Grubenunfall

In der Friedens-Hoffnung-Grube wurde der Hauer und Bergschüler Rudolf Belge aus Nieder-Hermisdorf, während er mit Aimerungsarbeiten beschäftigt war, durch plötzliches Aufbrechen des Hangenden verschüttet. Die Rettungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen. Leider konnte Belge nur noch als Leiche mit einem Wirbelsäulenbruch geborgen werden. Der Verunglückte ist 32 Jahre alt, verheiratet und hinterläßt drei Kinder.

Ein weiterer Grubenunfall trug sich im Betriebe der Gustav-Grube in Rothenbach zu, wo der Bergbauer Fritz Leuthold aus Schwarzwaldbau verschüttet wurde. Es gelang jedoch in diesem Falle, den Verunglückten noch lebend zu bergen. Jedoch hat er einen Bruch des linken Unterschenkels davongetragen. Der Verunglückte fand im Knappschaftslazarett Aufnahme.

### Landeshut

**Schadenfeuer.** In Blasdorf bei Liebau ging das Frähhauerische Anwesen, bestehend aus Wohnhaus, Stallung und Scheune, alles unter einem Dach vereinigt, in Flammen auf. Verbrannt ist die gesamte Ernte, Wagen und landwirtschaftliche Geräte. Die Löscharbeiten waren durch Wassermangel sehr erschwert. Das Feuer soll durch einen schadhafsten Schornstein entstanden sein.

### Zwölf Ortsgruppen

haben die Reichskontrolle durchgeführt und die Kontrollbögen eingelebt.

### Kein Mitgliedsbuch

erhältst du, Genosse, wenn für dich kein Fragebogen ausgefüllt ist. Am 31. Dezember 1928 verlieren die alten Bücher ihre Gültigkeit.

### Ortsgruppenleitungen

die die Kontrolle noch nicht durchgeführt haben, müssen dies spätestens am nächsten Sonntag nachholen.

### Nach Abschluß der Kontrolle

müssen die Frage-, Gültig- und Berichtsbogen sofort an die Bezirksleitung geschickt werden. Ebenso die übrigen Kontrollmarken, die wir bringen brauchen.

### Leistet diese wichtige Arbeit!

Bezirksleitung Schlesien der SPD.

trotz Notstandsarbeiten, die nur in geringerem Maße stattfinden, seine Anwartschaft auf Erwerbslosenunterstützung nicht erfüllen. Sie müssen also weiter mit den Bettelstempeln vorliebnehmen.

### Programm der „Blauen Blusen“ zur Revolutionsfeier.

Zu der am 17. November, 20 Uhr, in Grünthal stattfindenden Revolutionsfeier warten die „Blauen Blusen“ mit folgendem Programm auf: 1. Antrittslied der „Blauen Blusen“; 2. „Kommunisten“ (Sprechchor); 3. „Das Lied der Maschinen“ (Sprechchor); 4. „Die letzte Nacht“; 5. „Das Urteil“; 6. „Ein Traum der Wirklichkeit“ (drei Zuchthausgefangenen); 7. „Wir Blauen Blusen sind die Armee“ (Gesangsgefangenen); 8. „Alarm“ (Sprechchor). Der weitere Teil: 9. Wir republikanische Sozialdemokraten“; 10. „Die Nationalhymne der SPD“; 11. „Der Schreden der Unternehmung“; 12. „Die Ederburger Kettler“; 13. „Die Internationale“; 14. Schlusssong. Kaffeestimmung 18.30 Uhr. Anfang 20 Uhr. Eintrittspreis trotz der hohen Unkosten nur 50 Pfennig, Erwerbslose nur gegen Ausweis 30 Pfennig.

### Bunzlau

Den Kollegen im Haushalt bestohlen. Der Hausdiener Alfred P o d w e n z ließ sich an seinem Geburtstag von einem bekannten Kutscher 3 Mark für Getränke zu einer Feier geben. Zum Dank stahl er dem Kutscher, als dieser betrunken war, 20 Mark aus der Brieftasche. Das Geld brachte er durch. Außerdem erschwand er von einer Frau, die er in Lüben kennengelernt hatte, durch ein Heiratsversprechen Geld, ebenso von ihrer Mutter in Dittersbach städtisch. Ferner ließ er sich in Köpzig einen Mantel auf zwei Tage, ohne ihn zurückzugeben, kaufen einen Anzug, für den er nur die Anzahlung leistete usw. Vom Diebstahl der Schöffengericht erhielt er wegen Rückfallbetrugs in vier Fällen, Unterschlagung und Diebstahl zusammen ein Jahr und drei Monate Gefängnis. Der Haftbefehl wird aufrecht erhalten.

### Hagnau

Bahnhofseindbruch. Diebe brachen in die Bahnhofsküche in Reisch ein. Sie machten große Beute an Lebensmitteln, wurden aber verschluckt, als sie in die oberen Räume des Gebäudes eindringen wollten. Im Park des Bahnhofes verpackten sie ihre Beute und entkamen.

### Liegnitz

#### Eine Baufrma pleite gegangen!

Einige Fragen an Staatsanwalt und Magistrat  
Eine Firma, die sich sehen lassen kann, ist die Firma Georg Graf, Inh. Erich Koch, Hochbau und Eisenbeton, Liegnitz, Herrenwiesendamm. Den Achtkundentag konnte man dort überhaupt nicht. Anstatt Hochbau lohnte man Tiefbau lohnte mit der Begründung: Betonbau ist nicht Hochbau. Aber trotz dieser Ausbeutung muß Herr Koch jetzt kempeln gehen, oder vielmehr er hofft auf Stempelgeld. Ein Zahlungsbefehl gegen diese pleite gegangene Firma jagt jetzt den andern. Den Betonarbeitern, die zuletzt beim Vollzeigefängnis arbeiteten, jagt man den Lohn nicht mehr aus, und die Belegschaft muß auf dem Klagewege ihre Forderungen geltend machen. Die Kontrollstelle der Invalidenversicherung sei hiermit gefragt, wie es möglich war, daß diese noble Firma seit November 1927, also seit einem Jahre, nicht mehr die Marken geliebt hatte? Ist das keine Unterschlagung, wenn man den Arbeitern das Geld abzieht und das selbe zu Saufgelagen verbraucht? Wie ist es weiterhin möglich, daß die Firma die Leute erst viele Wochen nach der Einstellung bei der Krankenkasse anmeldete und auch dort die Beträge nicht abführte, sondern für sich verbrauchte? Sollte ein Arbeiter sich erlauben, eine Mark zu unterschlagen, schon ist der Staatsanwalt da. Aber diese Herren können Tausende unterschlagen, da findet sich kein Richter. Den Magistrat fragen wir: Warum gibt man einer solchen Firma, die schon Schulden bei der Stadt hatte und vor der Pleite stand, noch städtische Arbeiter? Heute stellt sich die Stadt auf den Standpunkt, die Arbeiter, die der Stadt Arbeit leisteten, kommen mit ihren Lohnforderungen erst hinter den Forderungen der Lieferanten der Firma Graf. War das Stadthochbauamt informiert, daß Koch die Arbeiter der letzten Wochen nur mit Porzuch löhnte? Wir erwarten auf unsere Fragen eine schnelle Antwort.

### Glogau

#### Vom Zuge erfaßt

Am Mittwoch früh wurde der Kutscher eines Kubentastentagens des Rittergutes in Sabel vom Zuge nach Schlama bei der Ueberfahrt hinter dem Bahnhof Liegnitz erfaßt. Das Fuhrwerk wurde zertrümmert. Der Kutscher wurde schwer verletzt, auch die Pferde trugen erhebliche Verletzungen davon.

### Aus dem Riesengebirge

**Eblicher Autounfall.** Auf der Kunststraße in Bernersdorf geriet das Auto des Reisenden Schwaneles aus Arnsdorf an einer steilen Stelle ins Schleiern und stürzte in den Straßengraben. Die Frau des Reisenden brach sich dabei mehrere Rippen und mußte sofort dem Krankenhaus zugeführt werden, wo sie an den Folgen des Unfalls gestorben ist. Der Reisende und sein Kind blieben unverletzt.

### Ehe und Boxing

Lachen bei Buster Keaton  
Im Beiprogramm ein japanischer Film

### Bushido

Jugendliche und Kinder haben Zutritt! Uebliche Preise  
inden

Gewerkschaftshaus-Lichtspielen  
Nur noch heute, Freitag, um 5 u. 8 Uhr

## Niederschlesien

### Klagen über das Görlitzer Krankenhaus

Seit geraumer Zeit wollen die Klagen über die Behandlungsmethoden im städtischen Krankenhaus nicht ablassen. Einer besonderen Furor erliegen sich jene Patienten, die durch das städtische Gesundheitsamt dem Krankenhaus zur Behandlung zugeführt werden. Allgemein ist es doch wohl üblich, daß der behandelnde Arzt die Anordnungen — und dazu gehört auch die Erteilung von Ausgehurlaub — für die Kranken trifft. Aber wozu hätten wir denn im Gesundheitsamt die äußerst „tüchtige“ Schwester Hedwig! Um ihre Macht den anderen gesundheitlichen Sterblichen zu demonstrieren, frecht sie eigenmächtig den ärztlich erteilten Urlaub. Und Dr. Herford (über den wir uns noch in aller nächster Zeit zu unterhalten haben werden) trägt selbstverständlich diese selbstherrliche Eigenmächtigkeit. Zu welsch handlungs Vorgängen diese im städtischen Krankenhaus für die Patienten des Gesundheitsamts eingeführte Gefängnisordnung führt,

diesen Vorgängen befaßt. Herr Dr. Herford, in dessen Dezernat sich diese Dinge teilweise mit seiner ausdrücklichen Erlaubnis abspielen, werden wir, genau wie noch einige andere würdige Vertreter desulapz, in der morgigen Nummer unserer Zeitung unter die Lupe nehmen.

### Görlitz

**Die Agitprop-Abteilung des NSD. Ortsgruppe Görlitz** hat für die bevorstehenden Sonnenwendfeiern ein gut gelungenes Programm vorbereitet, das einen Abend in anregender Weise zu füllen vermag. Neben einem ersten Teil, der unter anderem die Wandolinengruppe, Gesang, Sprechchor und ein Weihnachtsspiel „Kampf der Jugend“ umfaßt, wird nach einem Prolog ein interessanter satirischer Teil mit aktuell politischem Einschlag zur Darbietung gebracht. Die Ortsgruppen des Unterbezirks werden aufgefordert, bei ihren Veranstaltungen diese Agitprop-Gruppe mit zur Arbeit heranzuziehen. Näheres auf Anforderung durch Jugendgenossen Hans Gernert, Görlitz, Poststraße 9. Etwaige Anforderungen sind bald an diese Adresse zu richten.

### Einakter „Die Pilger von Mekka“

Diese Oper ist wohl mehr ein Einakter, man kommt von einer Arie in die andere. Der verliebte Prinz Ali wurde von Herrn Reichart im allgemeinen gut vorgetragen. Aber etwas mehr Temperament müßte doch dahinter stehen. Seine Partnerin Bazel-Graumann paßte zu ihrer Rolle sehr schlecht. Herr Hechler konnte auch etwas mehr aus sich herausgehen. Ganz vorzüglich war Fräulein Baumgart als Wallis. Herr Schartner hatte das Orchester sehr in der Hand, wenn auch das harmonische Zusammenspiel zwischen Dirigenten und Bühne oft fehlte. Die Bühnenbilder von Herrn Beder-Haert waren im zweiten Akt nicht ganz glücklich.

### Sagan

**Öffentliche Anfrage an den Magistrat.** Uns wird geschrieben: Ist der Magistrat Sagan gewillt, eine Weihnachtshilfe für Sozialrentner, Wohlfahrtsempfänger sowie Erwerbslose zu veranlassen? Weiter erfragen wir den Magistrat sowie die Wohlfahrtsdeputation um Erhöhung der Richtsätze für Rentner sowie Wohlfahrtsempfänger der allgemeinen Fürsorge am hiesigen Wohlfahrtsamt. Da zurzeit eine sehr miferable Arbeitsmarktlage am Ort und in der Umgebung ist, und die Arbeitgeber der ausschlaggebenden Textilindustrie nur zum größten Teil vier Tage arbeiten lassen, wächst die Verelendung innerhalb der meisten Familien. Ein großer Teil der ausgesperrten Erwerbslosen konnte

## Genosse, hast Du schon einen neuen Leser für die „Arbeiter-Zeitung“ erworben?

zeigt folgender Vorfall, der sich erst in der vergangenen Woche ereignet hat: Ein Kranker beantragt die Gewährung eines Urlaubs zur Regelung einer dringenden Erbschaftsangelegenheit. Der Urlaub wird ihm aus unbekanntem Gründen abgelehnt. Verpöndlicherweise nimmt der Betreffende sich selber Urlaub und kommt nach Erledigung seiner Angelegenheit wieder zurück. Abnunglos meldet er sich auf dem Gesundheitsamt und wird sofort, wie ein Schwermüder, von zwei Beamten ins Krankenhaus transportiert. Damit die Aktion, ein „ausgebrodener Zuchthäuser“ wieder „erwacht“, auch aufrecht erhalten bleibt, wird er im Krankenhaus in die vergitterte Arrestzelle eingesperrt! Und das alles — trotzdem er bei seiner Ankunft dem Krankenhaus bare sechs-hundert Mark für die bisherige Behandlung auf den Tisch gelegt und die Absicht geäußert hatte, von nun ab in Behandlung auf eigene Kosten zu gehen. Erst die entscheidende Beschwerde über diese unerhörte Rigorosität nach die Ankündigung, diesen Fall der Öffentlichkeit zu unterbreiten, führte zu seiner Befreiung aus der Arrestzelle.

Aber es gibt noch andere, nicht minder unerhörte Dinge, im Reich des Herrn Dr. Herford. Auch die selbstherrliche Isolierung an scheidender Patienten wird recht leichtfertig gehandhabt. So ist es z. B. üblich, daß Kranke mit ansteckenden Krankheiten, die sich im Pauerbad befinden, durch andere Kranke behandelt werden. Es ist wirklich sehr angebracht, daß die breitere Öffentlichkeit sich einmal mit